

Sonderthema:  
Parteien heute  
Neue Anforderungen SEITE 1-14

PARTEI MIT VERGANGENHEIT  
Sigmar Gabriel zu 150 Jahren SPD und  
künftigen Herausforderungen SEITE 2

PARTEI MIT ZUKUNFT  
Wie die Etablierten auf neue politische  
Teilhabeformen eingehen können SEITE 8

# Das Parlament

Berlin, Montag 8. April 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 15/16 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Urvater der Parteien

**Hans Victor von Unruh** Der frühere preußische Beamte ist einer der Urväter des deutschen Parteienwesens. Denn der in Tilsit geborene Hans Victor von Unruh (1806-1886) war erster Vorsitzender der Deutschen Fortschrittspartei, die als erste moderne Programm-Partei Deutschlands gilt. Die Gruppierung wurde 1861 von liberalen Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus gegründet – viele hatten bei der Revolution von 1848 mitgewirkt. Auch von Unruh wurde 1848 aktiv und zum Präsidenten der Preussischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung gewählt. Er führte die Fortschrittspartei bis 1863. Infolge des Streits um die Politik Bismarcks spalteten sich 1866 die Nationalliberalen mit von Unruh ab. 1867 bis 1879 saß er im Norddeutschen bzw. Deutschen Reichstag. Sein Name ist bis heute mit dem „Hammelsprung“ verbunden. Dieses auch im Bundestag geltende Abstimmungsverfahren wurde 1874 auf Antrag des damaligen Reichstags-Vizepräsidenten Hans Victor von Unruh eingeführt. *kru | ll*



© Ulrike-Bild/abc-photos / H. Lehmann

## ZAHL DER WOCHE

67

**Parteien** sind derzeit in Deutschland als politische Parteien anerkannt. Laut Parteiengesetz müssen sie „dauernd oder für längere Zeit“ auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen. Eine Partei verliert ihren Parteienstatus, wenn sie binnen sechs Jahren nicht an Bundestags-, Landtags- oder Europawahlen teilnimmt. Beim Bundeswahlleiter sind derzeit 105 Parteien und politische Vereinigungen registriert.

## ZITAT DER WOCHE

»Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst.«

**Konrad Adenauer**, erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1949-1963) und langjähriger CDU-Vorsitzender (1950-1966)

## IN DIESER WOCHE

### THEMA

**Basis** Die Parteien sind abhängig von ehrenamtlichen Helfern vor Ort **Seite 3**

**Parteimitglieder** Mit den schrumpfenden Milieus gehen die Zahlen nach unten **Seite 6**

**Wende** Wie in der DDR im Herbst 1989 neue Parteien entstanden **Seite 9**

**Ausland** Das ganz besondere Parteienspektrum in anderen Ländern **Seite 13**

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004 16

# Organisatoren der Politik

PARTEIEN Sie sind notwendig im Gefüge der Republik. Doch das Tempo der Welt geht an ihre Substanz

Wer über Parteien redet, tut es gern mit leichtem Schamvorn Mund. Schon die Berufsbezeichnung „Politiker“ bekommt ja im Volksmund schnell einen verächtlichen Beiklang. „Berufspolitiker“ ist nie nett gemeint, „Parteiolitiker“ endgültig ein Schimpfwort. Es steht für einen, der sich angeblich nicht von Sachargumenten oder dem Gemeinwohl leiten lässt, sondern partikulare Interessen seines jeweiligen Vereins verfolgt, die entweder ideologisch verbohrt oder bloß auf Machtgewinn und -erhalt ausgerichtet, in jedem Fall aber verächtlich erscheinen. Das Negativurteil zieht sich ebenso durch die gelehrte Debatte, etwa wenn vom „Parteienstaat“ die Rede ist, dessen Institutionen sich die Parteien illegitimerweise zur Beute machen. Ja, der schlechte Ruf reicht so weit, dass er zu einem paradoxen Effekt in der Wirklichkeit führt: Er zementiert seit Jahrzehnten zuverlässig das bestehende Parteiensystem. Denn noch jede Neugründung vergeudet ihre Pubertät damit, den Partei-Verdacht wütend von sich zu weisen. Das kostet Kraft und erfordert geduldige Wähler. Die Grünen haben es bisher als einzige geschafft, diese Frühzeit zu überstehen; sie sind jetzt Partei, wenn auch manchmal mit schlechtem Gewissen. Die laufenden Neugründungsexperimente – heißen sie Piraten, heißen sie Freie Wähler – stecken noch in der Halbstarke-Phase. Ob sie lange genug existieren, um darüber hinaus zu kommen, ist offen. Eines allerdings kann man ziemlich sicher vorhersagen: Wenn sie es schaffen sollten – dann auch sie als Parteien.

**Keine schlechte Schule** Wer nach den Gründen sucht, landet schnell im praktischen Leben. Parlamentarische Demokratie in komplexen Industriegesellschaften ist notwendig arbeitsteilig, sie beruht auf Verfahren und Gremien. Die Parteikarriere ist dafür keine schlechte Schule. Ins Parlament gewählte Spontis machen nämlich regelmäßig die Erfahrung, dass ihre straffer organisierten Widersacher sie spätestens im Finanzausschuss ausmanövrieren. Tatsächlich setzt das Bündler-System der Republik mit seinen zahlreichen Wahlen und seinem personalisierten Verhältniswahlrecht die Existenz von Parteistrukturen stillschweigend voraus. Den Wahlkampf-Marathon übersteht auf Dauer nur, wer mit der Organisation nicht jedes Mal bei Null anfangen muss. Ein Wahlsystem, das eine Koalition als Regelfall der Regierungsbildung produziert, kann nur funktionieren, wenn die potenziellen Partner wesentliche Personal- und Programmfragen vor Koalitionsverhandlungen intern geklärt haben und hinterher zu Verabredungen belastbar stehen. Der basisdemokratische Traum der permanenten Rückkopplung zwischen denen da oben und denen da unten hat sich als schlicht nicht praktikabel erwiesen. Ob seine technische Wiedergeburt aus den Softwarewissenschaften der Piratenbewegung über den Status einer schlecht funktionierenden Demoskopie hinauskommt, ist mindestens ungewiss.

**Bindungen nehmen ab** Parteien also sind vorgesehen und vermutlich notwendig im Institutionengefüge der Republik. Das sagt freilich nichts darüber, ob die, die wir haben, der Aufgabe und dem Anspruch gewachsen sind. Die Zweifel reichen längst bis in die Parteien selbst hinein. Sinkende Mitgliederzahlen kann ja niemand übersehen. Mäßige Wahlbeteiligungen sind ebenso aktenkundig; dass immer mehr Wähler sich erst entscheiden, wenn der Wahlzettel in der Kabine vor ihnen liegt, untermauert den Befund nur weiter. Bindungen nehmen ab, Lebenswelten und Überzeugungen folgen weniger klaren Mustern als in den Nachkriegsjahrzehnten.



Ein buntes Allerlei, wo Delegierte aller Bundestags-Parteien wie im Bild die Stimmkarten heben, ist unsere Demokratie nicht. Nach wie vor gibt es starke Differenzen unter den Parteien.

Die daraus resultierenden Mühen der internen Meinungsbildung werden von vielen Bürgern nur als Gezänk wahrgenommen, ihr Ausgang nicht als Lösung, sondern als fragwürdiger Formelkompromiss. Die Parteien, kurz gesagt, haben den Anspruch auf letzte und vorletzte Wahrheiten verloren. Wo sie in Wahlkämpfen das Gegenteil behaupten, wirken Gewissheiten oft aufgesetzt und das Kampfgeschrei rituell. Generalsekretäre müssen Spiegeltriche zu Grundsatzfragen aufpusten, um Unterschiede zur Konkurrenz behaupten zu können.

**Eigene Dresscodes** Derlei Bemühungen um Identität belegen freilich auch: Partei ist nach wie vor mehr als ein Organigramm zum Zweck der Machtausübung. Sie ist vor allem und immer noch Weltanschauung. Das mag altmodisch klingen. Ist das Zeitalter der großen Ideologien nicht vorbei? Sicher, ist es. Trotzdem könnte, wer mit verbundenen Augen oder verstopften Ohren in eine Parteiversammlung gesetzt würde, nach kurzer Zeit sagen, bei welcher Truppe er gerade ist. Sozialdemokraten reden anders, fragen anders, sehen als Gruppe sogar anders aus als Christdemokraten oder Grüne oder Linke. Jeder hat seine Selbstverständlichkeiten, seine Dresscodes, seinen Jargon und seine Nähe oder Ferne zu Interessengruppen; sogar der Abwechler, der sich ja in der Regel als Sachwalter der reinen Lehre darstellt, folgt dem typischen Muster seines roten, schwarzen, gelben oder kunterbunten Indianerstamms.

Diese zum Habitus geronnenen Weltansichten und Glaubenssätze sind nicht so viel schwächer geworden, wie es die Ähnlichkeiten in Sachprogrammen vermuten lassen. Sie haben sich nur von den großen Weltfragen ins kleiner Gedruckte verschoben. Am gegenseitigen Verständnis ändert das nichts. Daran sind schon Koalitionen verzweifelt. Politiker älterer Generationen haben ihre Partei „Heimat“ genannt. So pathetisch sagt das keiner mehr. Ohne Pathos stimmt es immer noch.

**Ungeliebte Abweichungen** Der kulturelle Faktor ist indes Vorzug und Problem zugleich. So sehr er für inneren Zusammenhalt sorgt, so sehr bedroht er ihn zugleich. Es ist keineswegs ein Privileg der konservativen Parteien, dass sie Abweichungen vom Gewohnten nur ungern zur Kenntnis nehmen. Die sich nach eigenem Selbstver-

ständnis an der Spitze des Fortschritts wähen, sträuben sich genauso heftig gegen neue Erkenntnisse. Dieses strukturkonservative Moment von Parteien hat sogar etwas Sympathisches. Es garantiert eine gewisse Immunisierung gegen kurzlebige Modemeinungen. Es widersteht sich der Neigung von Partei- und Regierungsführungen, den allwöchentlichen Zahlenzauber der Demoskopien mit dem Volkswillen zu verwechseln und ihr Handeln danach auszurichten. Es verlangsamt das politische Geschäft in hektischen Zeiten.

**Veraltete Programme** Es wird eben nur immer schwerer durchzuhalten in einer Welt, in der sich äußere Umstände und innere Lebenseinstellungen sehr schnell verändern. Im letzten Jahrtausend konnten Parteien noch für sich in Anspruch nehmen, dass sie relevante Teilmeingen der Gesellschaft repräsentieren. Inzwischen häufen sich die Indizien dafür, dass die Eigen-

Problem darstellt als die klassischen Attacken der Parteienkritik. Mit denen haben sie gelernt, flexibel umzugehen. Zu wenig Basisnähe? Überall sprießen Regionalalkonferenzen, „virtuelle Ortsvereine“, Mitspracheplattformen. Zu viel Einmischung ins Fernsehprogramm? Ein zusätzlicher Sitz im Fernsehrat lässt laute Kritiker-Lobbys verstummen.

Machtmissbrauch, Kungelei, Lobbynähe, der Spruch von der Personalauswahl als dem Kartell der Mittelmäßigkeit – das alles hat Parteien nie in Frage gestellt. Das Tempo der Welt geht an ihre Substanz. Vor allem die Volksparteien knirschen vernehmlich an den Nähten, mit denen sie Gruppeninteressen mühsam zusammenhalten. Im Prinzip ist das für sie nicht neu. Neu ist das Ausmaß. Zwischen dem schwulen Großstadt-Christdemokraten und dem stockkatholischen Homo-Hasser liegen Schluchten, die durch eine schwache ideologische Aushilfsformel wie das „christliche Menschenbild“ kaum mehr zu überbrücken sind. Kein Zufall, dass die erbittertesten politischen Schlachten mittlerweile innerhalb der Parteien geschlagen werden, nicht mehr zwischen ihnen.

**Ohne Alternative** Aushalten müssen sie diese Konflikte trotzdem, austragen ebenfalls. Denn so unerträglich die Parteien sich selbst und anderen auch sein mögen, so oft geschmäht, ja totgesagt – es fehlt am Ende doch die Alternative zu ihnen. Der Volksentscheid mag eine Möglichkeit für Einzelfragen sein, die Wutbürger-Initiative legitim als Korrektiv. Aber für die Organisation des Politischen, für den alltäglichen Kampf und Ausgleich zwischen Interessen taugen beide nicht. Es mag als schwaches Argument erscheinen, nur: Etwas Besseres als Parteien ist schlicht noch keinem eingefallen.

Robert Birnbaum

Der Autor ist  
Parlamentskorrespondent  
der Berliner Zeitung  
„Der Tagesspiegel“.

## EDITORIAL

### Verlässlich, aber nicht stur

VON JÖRG BIALLAS

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ So steht es im Grundgesetz. Den Parteien kommt also eine Schlüsselposition zu, wenn es darum geht, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland voranzubringen. Sie sind ein Teil des Volkes, repräsentieren die Haltung ihrer Klientel, je nach politischer Fassung. Umgekehrt artikuliert sich das Weltbild des Einzelnen über die Stimme der bevorzugten Partei zu einer ideologischen Grundströmung, die für Viele spricht. Parteien sind also ebenso Instrument in der Hand mündiger Bürger, wie mündige Bürger Instrument in der Hand der Parteien sind. Diese Wechselwirkung hat das Land über Jahrzehnte vorangebracht. Mittlerweile hat sich die Geschäftsgrundlage für eine reibungslos funktionierende Parteiendemokratie aber geändert. Die Anteilnahme, gar Teilnahme an der Gestaltung politischen Geschehens haben in der Bevölkerung abgenommen. Die Parteien sind nicht mehr in klar definierbaren Milieus verankert, die Basis ist keine sich automatisch neu generierende und damit feste Größe. Politische Sachfragen sind oft so komplex, dass selbst der interessierte Bürger den Durchblick verloren hat. Junge Menschen wollen in Parteien unmittelbar als bisher üblich auf gesellschaftliche Weichenstellungen Einfluss nehmen. All das haben die Parteien längst erkannt, und sie bemühen sich um Änderung. Mitglieder und Sympathisanten sollen anders einbezogen, junge Menschen für einzelne Projekte begeistert werden, ohne sie gleich für die gesamte Programmik gewinnen zu müssen. Ein mühsames Geschäft. Aber eines, das sich lohnen wird. Denn diese Gesellschaft ist nicht unpolitisch, sie hat lediglich aufgehört, sich ausschließlich über die klassischen Parteienbindungen zu definieren. Das heißt aber keineswegs, dass reformierte, moderne Parteien keine politische Heimat mehr bieten können. Beispiel SPD: In diesem Jahr feiert die Partei ihr 150-jähriges Bestehen. Im Laufe der Zeit hat sich die Sozialdemokratie immer wieder neuen Herausforderungen angepasst. Ebenso wie ihre christlich, liberal oder ökologisch geprägten Mitbewerber ist sie den Wurzeln ihres Weltbilds dabei treu geblieben. Vielleicht kommt es für Parteien darauf an, verlässlich, aber nicht stur, berechenbar, aber nicht unflexibel ihren Auftrag zu erfüllen und so mitzuwirken bei der politischen Willensbildung des Volkes.

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Partei**

In einer Partei finden Menschen zusammen, die die gleichen politischen Ideen teilen. Sie haben gemeinsame Überzeugungen, welche Regeln für das Zusammenleben gelten sollen. Die gemeinsamen Ziele schreiben die Mitglieder in einem Parteiprogramm auf. Das erleichtert den Bürgern den Überblick. Sie können schließlich nicht alle Kandidaten kennen. Aber sie können die Programme lesen und sich dann eine Meinung bilden, ob sie die Ideen einer Partei gut oder schlecht finden. Im Wahlkampf werben die Mitglieder einer Partei im Fernsehen und auf der Straße für ihre gemeinsamen Ideen und Ziele. Denn sie wollen mit ihrer Partei gewählt werden, damit sie die Politik mitbestimmen können.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

SIND DIE PARTEIEN ÜBERFORDERT?

Neu sprechen lernen

PRO



Stephan Hebel
Freier Journalist

Im deutschen Parteiensystem spiegelt sich heute die Klassengesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wider.

Ganz so einfach war es zwar nie, denn Kirche und alter Adel hier, kleine Handwerker dort, lockerten das Bild schon damals auf.

Nicht, dass der Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit verschwunden wäre. Aber er sieht ganz anders aus.

Man könnte sagen: Die Parteien müssen neu sprechen lernen. Und dazu benötigen sie sensiblere „Hörorgane“ als bisher.

Wenn die Parteien nicht von Grund auf neu verstehen, wie die Gesellschaft redet und denkt, dann bleiben sie für lange Zeit überfordert.

Lob den Etablierten

CONTRA



Eckart Lohse
»Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«

Die These von den überforderten Parteien ist beliebt. Erst kürzlich hat der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttger, ein Buch veröffentlicht, das sie im Titel trägt.

Sie können dieses Hinterfragen gut aushalten. Das gilt jedenfalls für diejenigen Parteien, die als etabliert gelten. Das sind SPD, CDU, CSU, FDP und inzwischen die Grünen.

Genau das aber gelingt den etablierten Parteien in der Bundesrepublik immer wieder: Sie organisieren sich so, dass sie politische Macht ausüben können.

Genau das aber gelingt den etablierten Parteien in der Bundesrepublik immer wieder: Sie organisieren sich so, dass sie politische Macht ausüben können.

Genau das aber gelingt den etablierten Parteien in der Bundesrepublik immer wieder: Sie organisieren sich so, dass sie politische Macht ausüben können.

Die SPD wird in diesem Jahr 150 Jahre alt. Wie bedeutend sind die historischen Wurzeln der SPD für die Gestaltung der Politik heute?

Sehr wichtig. Da ist zum einen der Stolz darauf, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den vergangenen 150 Jahren alles erreicht haben: vom Frauenwahlrecht über den Acht-Stunden-Tag bis zur Ostpolitik Willy Brandts.

Die traditionellen Milieubindungen der Parteien haben stark abgenommen. Zwar sind in der SPD noch vergleichsweise viele Arbeiter und Gewerkschafter organisiert, sie ist aber gewiss nicht auf diese Klientel zu reduzieren.

Klar, traditionelle Milieus haben sich aufgelöst. Darunter leiden alle Großorganisationen. Kirchen genauso wie Gewerkschaften oder die SPD. So groß die Probleme sein mögen, die damit verbunden sind - das ist auch ein Erfolg der Politik der SPD.

Bei der Bundestagswahl 2009 hat Ihre Partei 23 Prozent erzielt. Wann hört eine Partei eigentlich auf, Volkspartei zu sein?

Wenn sie nicht mehr das Gemeinwohl im Blick hat, sondern sich auf Einzelinteressen konzentriert. Volkspartei zu sein, ist für mich keine Frage von Prozentpunkten, sondern von Haltung.

Der Erfolg der »Piraten« hat gezeigt, dass es offenbar viele Wähler gibt, die mit den etablierten Parteien nicht mehr anfangen wissen.

Wir haben 2011 eine Parteireform beschlossen, die zum einen die Rechte der Mitglieder stärkte: Wer in eine Partei eintritt, will ja mitmachen, etwas gestalten und nicht einfach Fördermitglied werden.

»Dialog ist keine Show«
SIGMAR GABRIEL Der Vorsitzende der SPD will mehr Kommunikation der Politik mit Bürgern und fordert Volksentscheide auch im Bund



Erreichen die Parteien junge Menschen in ausreichendem Maße? Oder ist es vielmehr so, dass die nachwachsende Generation sich allenfalls noch punktuell engagieren will und für umfassende Parteiprogramme nicht mehr zu begeistern ist?

Ich finde, man sollte das nicht gegeneinander ausspielen. Natürlich muss sich eine Partei wie die SPD immer wieder neu über die großen politischen Themen verständigen.

Muss sich Politik stärker direkten Beteiligungsformen der Bürger zuwenden?

Auf jeden Fall. Den SPD-Bürger-Dialog hatte ich schon angesprochen. Wichtig ist, dass so was nicht zu einer Show-Veranstaltung wird.

Wie wird sich die Parteiendemokratie in den nächsten zehn Jahren verändern?

Die Devisen muss lauten: Raus aus dem Hinterzimmer, rein ins pralle Leben. Natürlich gibt es da auch in der SPD Vorbehalte.

Noch einmal zurück zum SPD-Jubiläum. Die Geschichte Ihrer Partei hat immer wieder gezeigt, dass es auch mit Mut zu tun hat, trotz Bedrohung und Sorge um die eigene Unversehrtheit konsequent zu politischen Überzeugungen zu stehen.

Das wird sie ganz sicher. Politik ist in einer gefestigten Demokratie nur sehr selten heroisch. Aber ehrlich gesagt: Darüber bin ich sehr froh.

Das Interview führte Jörg Biallas.

Sigmar Gabriel (53) ist SPD-Vorsitzender und seit 2005 Mitglied des Bundestages.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENARISCHES PROFIL

Klarer Kompass: Philipp Mißfelder

Auch die Junge Union (JU) hat schon bessere Tage gesehen. 130.000 Mitglieder zählt der Unions-Nachwuchs heute - halb so viel wie Anfang der 1980-er Jahre. Den Trend der Mutterparteien mit abnehmenden Mitgliedszahlen spüren vor allem ihre Jugendorganisationen, wo zur Demografie noch die Politikferne vieler Jüngerer hinzukommen.

Herbst 2014 wäre er 35 und dürfte nicht mehr als JU-Chef antreten. Immerhin hat er dann zwölf Jahre den Unions-Nachwuchs geführt - so lange wie kein anderer Amtsinhaber vor ihm.

»Eine Volkspartei muss sich um die Probleme der Menschen im Kleinen wie im Großen kümmern, ohne so zu tun, als ob sie alles lösen kann.«

litik von Helmut Kohl, die mich zur CDU führten.“ Mit zwölf kam er zur Schüler-Union (die er von 1998 bis 2000 führte), mit 14 zur JU. In die CDU trat er als 16-Jähriger ein, mit 23 übernahm er als jüngster Bundesvorsitzender aller Zeiten die JU-Führung, ein sicheres Sprungbrett für höhere Parteikarrieren.

zahlt bekommen sollen. Es gab es einen Sturm der Kritik. Er überstand diesen wie auch spätere kleine Provokationen, ob zum Renteneintrittsalter, zu Hartz IV oder einem geforderten Euro-Parteitag. Bei aller Karriere sei der christliche Glaube stets sein Kompass, sagt der praktizierende Katholik.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
Anschrikt der Redaktion
Dr. Bernhard Bode (bpb)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kr), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Dr. Verena Renneberg (ver)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinein (aw)
Dr. Thomas von Winter (twv)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionschluss
5. April 2013



»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung »Das Parlament« wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Parteimitglieder suchen im Straßenwahlkampf in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 das Gespräch mit den Passanten.

# Die kleinen Probleme vor Ort

**KOMMUNALPOLITIK** An der Basis engagieren sich die Parteimitglieder ehrenamtlich für die Anliegen der Menschen

Ralf Schwarz möchte etwas bewegen und „sich einbringen“. Doch dem 46-Jährigen geht es nicht darum, das sprichwörtliche große Rad zu drehen, im Gegenteil: Die Anliegen der Menschen vor Ort interessieren ihn. Und wenn es nur die Beseitigung eines Schlagloches ist. Um diese kleinen Dinge vor Ort kümmert sich Schwarz im Beirat des nördlichsten Bremer Stadtteils Blumenthal. Dort ist er als Sprecher der CDU-Fraktion aktiv, und das aus Überzeugung. „Ich habe schon immer CDU gewählt“, sagt er. Da war es für ihn selbstverständlich, dass er der Partei beiträgt. Damals, im Jahr 2004, regierten Christ- und Sozialdemokraten in Bremen in einer Großen Koalition.

Das Bündnis gehört seit 2007 auf Landesebene der Vergangenheit an. Nicht jedoch in Ralf Schwarz' Stadtteil. Hier versuchen SPD- und CDU-Vertreter nach wie vor, „gemeinsam etwas für Blumenthal zu erreichen“. Das klappt sehr gut, findet Schwarz und lobt das Engagement im Beirat „über die Parteigrenzen hinweg“. Er sagt: „Wir entscheiden vor Ort, was gut ist!“ So ließen sich zahlreiche kleine Dinge im Sinne der Menschen entscheiden. Vieles geschehe auf dem „kleinen Dienstweg“. Beispiel Schlagloch: Droht Gefahr für die Achsen der Autofahrer,

reich oft als Chef des Stadtteils, dem Ortsamtsleiter, um das Ungemach innerhalb kurzer Zeit zu beseitigen. Diesen Einsatz dankten die Bürger einem. Das macht Schwarz glücklich. So werde er Stück für Stück „vor Ort wahrgenommen“.

Und das als CDU-Politiker, was angesichts der jahrzehntelangen Dominanz der SPD bis in die Quartiere hinein für ihn umso mehr zählt. Bei allem Engagement für die Bürger legt Schwarz Wert darauf, nicht alles an die große Glocke zu hängen. „Wir machen viele Sachen, die keiner mitkriegt“, sagt er. Das alles sei nicht nur durch die parteiübergreifende Kooperation möglich. Entscheidend sei ferner der enge Kontakt zu den Menschen. Von ihnen werde er angesprochen – beim Einkaufen genauso wie im Rahmen von Veranstaltungen. Das alles nütze jedoch gar nichts, wenn jemand das „kommunale Handwerk“ nicht beherrscht. Und hierzu brauche es „vernünftige Lehrmeister“, ist Schwarz überzeugt. Diese habe er glücklicherweise gehabt. Darüber hinaus habe er Erfahrungen in verschiedenen Gremien sammeln können: unter anderem als sogenannter sachkundiger Bürger im Landesjugendhilfe-Ausschuss Bremens, als einer von zwei Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der Bremer CDU und natürlich als Vorstandsmitglied des Blumenthaler CDU-Stadtbezirksverbandes. Übrigens beteiligt sich Ralf Schwarz natürlich an den Aktionen seiner Partei, vor allem im Wahlkampf. Aber das ist für ihn selbstverständlich.

ub ||



Ralf Schwarz (CDU)



Axel Brückom (SPD)

Welchen Unterschied es macht, ob eine Stadt kindergerecht ist oder nicht, erlebt Federico Busarello momentan am eigenen Leib. Der 39-jährige FDP-Lokalpolitiker ist momentan in Elternzeit mit seiner einjährigen Tochter. Wenn er in Stuttgart mit dem Kinderwagen unterwegs ist, ärgert er sich über jeden nicht abgesenkten Bordstein. Vor 14 Jahren, noch als Student, ist er den Jungen Liberalen beigetreten. Heute ist er Mitglied des Stuttgarter FDP-Vorstandes, vor zweieinhalb Jahren wurde er in den Bezirksbeirat Ost gewählt. Sein großes Thema dort ist die Beruhigung des Verkehrs – in der Autostadt Stuttgart sind das harte Bretter zu bohren. Busarello möchte, dass vor jedem Kindergarten und jeder Schule Tempo 30 und ein absolutes Halteverbot für Autos gilt. Dafür muss er Verbündete finden, denn im Bezirksbeirat Ost ist er der einzige Vertreter der Liberalen. Allerdings sind die politischen Bündnisse in der Lokalpolitik weniger starr als in der Bundespolitik. Federico Busarello hat deshalb gute Chancen, dass seine Anträge auch von Grünen oder Sozialdemokraten unterstützt werden.

Gegen den Vorwurf, als FDP-Politiker ein „Neoliberaler“ zu sein, verwahrt Busarello sich entschieden. Er sieht sich selber als „Sozialliberaler“, den das soziale Engagement seiner Eltern – seine Mutter ist Deutsche, sein Vater Italiener – und seiner Großeltern geprägt hat. Schon als Kind half er mit, wenn die evangelische Kirche Essen an Bedürftige verteilte, in der Grundschule ließ er sich zum Klassensprecher wählen. Auch bei der FDP sieht er einen „starken sozialen Flügel“, der in der Zukunft eine größere Rolle spielen könnte – mittelfristig hofft er auf eine rot-gelbe Koalition wie zu Zeiten Willy Brandts. Obwohl in Stuttgart fast jeder zweite Bürger aus der Türkei, aus Italien, Griechenland oder Russland stammt, spiegelt sich das in der Lokalpolitik bislang nicht. Federico Busarello bedauert das. Die Parteien hätten das Potenzial dieser Gruppen vernachlässigt, findet er. „Ich erlebe aber auch, dass beispielsweise in der italienischen Community viele gut integriert, aber unpolitisch sind“, erzählt er. Allerdings wachse der Anteil derjenigen Migranten, die gut Deutsch sprechen, gut integriert sind und sich deswegen auch ein politisches Amt zutrauen. Etwa zehn Stunden in der Woche bringt Federico Busarello, der als selbstständiger Immobilienberater arbeitet, für sein politisches Engagement auf. Für Sitzungen, die Vorbereitung von Dokumenten und Gespräche mit Bürgern, die ihn seit seiner Wahl zum Bezirksbeirat häufig auch auf der Straße ansprechen. Trotz der minimalen Aufwandsentschädigung kann Busarello sich nicht vorstellen, auf sein politisches Engagement zu verzichten.



Federico Busarello (FDP)

Sarah Fingerow wollte am Anfang vor allem anders sein als jene, die an der Macht waren. „Damals war das nur so ein Rebellieren gegen das, was mich stört.“ Zum Beispiel der Bundeswehreinsetz in Afghanistan. Oder Rechtsradikale in ihrem Kiez. In der neunten Klasse absolvierte sie ein Schulpraktikum bei einem Buchhändler. „Der wurde von Nazis angeschossen“, erzählt die 26-Jährige. Im Haus habe Gregor Gysi sein Büro gehabt, der Händler selbst sei linksorientiert gewesen. 2001 tritt sie der Jugendorganisation Solid der Partei Die Linke bei, 2006 wird sie Parteimitglied. Sie folgt damit ihrem Vater, der ebenfalls Mitglied war. Heute sitzt sie in der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Marzahn-Hellersdorf. Rund 20 Stunden die Woche engagiert sie sich für die Partei. „Inzwischen ist meine Motivation, etwas verändern zu wollen“, sagt Fingerow.

Einmal im Monat kommt die Versammlung zusammen. Die Lehramtsstudentin – Arbeitslehre und Sozialkunde – ist Sprecherin für Bildung und Gleichstellung ihrer Fraktion. Sie engagiert sich daher auch in den Ausschüssen für Schule und Sport sowie Gleichstellung und Menschen mit Behinderung. „Auch die tagen jeweils einmal im Monat. Meist sind es Abendtermine, weil ja alle ehrenamtlich arbeiten.“ Die Linke ist mit 19 Sitzen die stärkste Fraktion, sieht sich aber einer Zählgemeinschaft aus CDU, SPD und Grünen gegenüber. So hat Fingerow sich kürzlich mit ihren Kollegen geschlagen geben müssen, als ihre Gegner im Parlament partout nicht mehr einen Antrag zum Equal Pay Day auf die Tagesordnung nehmen wollten. Ja, sagt sie, die langen Sitzungen könnten schon ermüden. „Was mich immer wahnsinnig auf die Palme bringt: Wenn ich in einer Versammlung sitze und die Leute etwas tausendmal wiederholen. Nach dem Motto Jeder hat es schon gesagt, nur ich nicht“, sagt Fingerow. Sie hofft aber weiterhin, etwas verändern zu können. „Wenn man Leuten direkt helfen kann“ – das treibe sie an. „Das ist das Schöne an Kommunalpolitik, da geht es um die ganz kleinen Dinge.“ Ihr Traum: „Dass der Bezirk dieses schlechte Image los wird. Dass die Menschen in diesem Bezirk glücklich sind.“ Seit drei Jahren ist Fingerow außerdem im Vorstand ihres Bezirksverbandes. Dort organisiert sie unter anderem einmal im Monat ein Frauentreffen. Weiter engagieren will sie sich auf jeden Fall. Auch in der Bundespolitik? „Ich würde es nicht ausschließen, strebe es aber nicht an“, sagt sie. Ihr langfristiges Ziel: Ein besseres Bildungssystem. „Ich schließe es auch nicht aus, Bildungswissenschaften zu studieren und später Lehrpläne zu schreiben.“ Letztlich komme es für sie darauf an, wo sie größere Chancen hat, etwas zu verändern.



Sarah Fingerow (Die Linke)

Als Sabine Mundle 1989 der Sindelfinger Ortsgruppe der Grünen ihre Hilfe anbot, dachte sie zuerst eher daran, Plakate zu kleben. Doch dann wurde sie gefragt, ob sie nicht lieber kandidieren will. Die damals 29-Jährige wurde aufgestellt und sofort in den sogenannten Ortschaftsrat des Stadtteils Darmshheim gewählt. „Ich war keine gebürtige Darmsheimerin, dazu noch eine Frau und eine Grüne, die damals den Ruf hatten, alles aufzumischen zu wollen.“ Von manchem alteingesessenem Lokalpolitiker sei sie da schon misstrauisch beäugt worden, erzählt sie. Schnell erarbeitete sie sich aber die Wertschätzung der Kollegen. Im Gegensatz zu den ersten grünen Bundestagsabgeordneten in Bonn sei sie zu den Sitzungen allerdings nicht in selbstgestrickten Pullovern, sondern eher klassisch gekleidet erschienen, erzählt die Pädagogin. Beruflich hatte sich Sabine Mundle zunächst zur Arzthelferin ausbilden lassen, später studierte sie auf Grund- und Hauptschullehrer. Seit mehr als zehn Jahren ist sie selber Rektorin einer Sindelfinger Grundschule. Politisiert wurde die heute 53-Jährige wie viele in ihrer Generation durch den Reaktorunfall von Tschernobyl im Jahr 1986. Über eine Bürgerinitiative lernte sie dann grüne Aktivistinnen kennen und schloss sich ihnen an. In der Lokalpolitik hat sie sich folgerichtig vor allem mit Bildungs- und Energiethemata beschäftigt, erzählt sie. Im Sindelfinger Gemeinderat, in den sie einige Jahre später gewählt wurde,



Sabine Mundle (Bündnis 90/Grüne)

Manchmal denkt Sebastian Brehm darüber nach, wie sein Leben ohne Politik aussehen würde. Ohne lange Stadtratssitzungen, Straßenwahlkampf und Diskussionsveranstaltungen zu Schulneubauten und der Zukunft des Nürnberger Obstmarkts. „Entspannter wäre es mit Sicherheit“, sagt der 41-Jährige, „aber mir würde etwas ganz Wichtiges fehlen. Ich habe mit 13 angefangen. Das prägt.“ Damals kämpfte er für kostenlose Schülertickets, mehr Mitbestimmung an Schulen und die Abschaffung der Sperrstunde.

Inzwischen ist Brehm Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion in Nürnberg. Heute argumentiert er gegen die Idee, flächendeckend Tempo 30 in der Stadt einzuführen, und fordert ein Programm, um der katastrophalen Hortplatzsituation zu begegnen. Der selbstständige Steuerberater will mehr: Er hofft, im nächsten Jahr Oberbürgermeister zu werden. Doch bis dahin ist es ein weiter Weg, der SPD-Amtsinnhaber ist beliebt. Angst vor einer Niederlage hat Brehm nicht. „Ich mache das, weil ich meine Stadt liebe und mich darüber ärgere, dass nichts vorangeht. Im Moment schläft die Stadt ein. Da muss ich einfach versuchen, es besser zu machen und anpacken.“ Auf Fußballplätzen und Märkten, in Vereinen und auf Bürgerversammlungen kämpft er um Stimmen. Dass viele auf einen solchen Pensum keine Lust haben, kann er verstehen. „Im Moment arbeite ich früh morgens bis spät in der Nacht. Das ist natürlich anstrengend. Wer dann nicht mit



Sebastian Brehm (CSU)

Begeisterung und Herzblut zu den Veranstaltungen geht, der schafft so ein Pensum nicht.“ Kommunalpolitik sei ganz sicher Kärnerarbeit, „aber eben auch genau das, was das Leben konkret beeinflusst. Wenn ich mit dem Bus durch die Stadt fahre, kann ich an jeder Ecke sagen: Hier haben wir das gemacht, dort dies. Kommunalpolitik bringt unmittelbare Ergebnisse.“

Auch an die Beobachtung als Politiker hat sich Brehm gewöhnt. „Wir sind ja auf eine bestimmte Art Vorbilder. Ich weiß: Ich muss diese Vorbildrolle leben, sonst steht es morgen in der Zeitung, aber ich lebe diese Vorbildrolle gerne.“ Er habe getan, was möglich war, um sich nicht angreifbar zu machen. „Ich weiß genau, dass mein Hintergrund auf allen Ebenen überprüft wird.“ Der Politikstil ändert sich, sagt Brehm, „die Leute wollen ja keine aalglatten Politiker, die immer dieselben Phrasen von sich geben, sondern Volksvertreter mit Charakter. Was man vor der Wahl verspricht, sollte man nach der Wahl auch zügig umsetzen.“

suk ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Im Auftrag des Bürgers

**RECHTSGRUNDLAGEN** Parteien sind keine staatliche Veranstaltungen, sondern Organisationen der Zivilgesellschaft. Sie sammeln und artikulieren Interessen und Überzeugungen der Bürger für den politischen Entscheidungsprozess

Das Grundprinzip der Demokratie ist die Volkssouveränität. Das besagt, dass alle Herrschaftsausübung vom Volk her legitimiert wird, und zwar gerade dadurch, dass sie vom Volk her beeinflusst werden kann. Insofern kann man sagen: Demokratie heißt Beeinflussbarkeit. Das Volk ist als solches aber nicht entscheidungs- und handlungsfähig. Es bedarf deswegen der Organisationen, welche die Willensbildung des Volkes betreiben und welche diesen „Willen“ in die staatlichen Entscheidungsinstanzen vermitteln. Diese Rolle spielen insbesondere politische Parteien. Sie sind notwendige Organisationen einer Demokratie in großen Verbänden, in denen sich nicht mehr alle persönlich kennen (können). Sie spielen mit verfassungsrechtlicher Hervorhebung in Artikel 21 des Grundgesetzes eine maßgebliche Rolle bei der vom Demokratieprinzip geforderten Einflussnahme der Bürger auf die staatliche Willensbildung.

**Interessendurchsetzung** Ihre Funktion besteht zunächst in der Sammlung, Bündelung und Artikulation der materiellen Interessen und ideellen Überzeugungen der Bürger, die sie dann in den politischen Entscheidungsprozess einspeisen wollen. Sie sind in dieser Hinsicht Instrumente der Interessendurchsetzung. Überhaupt betreiben die Parteien wesentlich das po-

litische System, sie formulieren politische Ziele – hinter denen die Interessen und Überzeugungen ihrer Anhänger stehen; sie schlagen Realisierungswege für diese vor und nicht zuletzt beobachten und kritisieren sie die konkurrierenden Parteien. Die parteitragene Demokratie funktioniert als eine Wettbewerbsveranstaltung. Durch ihre öffentliche Auseinandersetzung wirken die Parteien auf die Bildung der öffentlichen Meinung in politischen Angelegenheiten ein.

**Entscheidungspositionen** Ihre Ziele verfolgen die Parteien wesentlich dadurch, dass sie versuchen, Entscheidungspositionen mit Personen aus ihren Reihen zu besetzen. Dies soll dazu beitragen, die eigene Programmatik zu verwirklichen. In besonderem Maße gilt dies für das Zentralorgan der Demokratie: das Parlament. Eigene Abgeordnete in den Volksvertretungen zu entsenden, ist demgemäß das hauptsächliche Ziel der Parteien. Darüber hinaus zielen die Parteien natürlich auf die Besetzung der Regierungsstellen und auf weitere Positionen mit Entscheidungsbezug.

Zusammengefasst werden können diese drei Funktionen der Parteien in der Kennzeichnung, dass sie Spezialorganisationen darstellen zur Nutzung der von der Verfassung zur Verfügung gestellten demokratischen Input-Strukturen, wesentlich also der Wahlen und der daraus hervorgehen-

**Art. 21<sup>7)</sup> [Parteien]** (1) <sup>1</sup>Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. <sup>2</sup>Ihre Gründung ist frei. <sup>3</sup>Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. <sup>4</sup>Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

(2) <sup>1</sup>Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. <sup>2</sup>Die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.<sup>8)</sup>

(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.<sup>9)</sup>

<sup>7</sup> Die Schadensersatzpflicht des Staates bei Annullierung von Art. 21 Abs. 4 umfasst das



Das Grundgesetz betont die Bedeutung von Parteien in der Demokratie, das Parteiengesetz benennt die Entsendung von Vertretern in Parlamente als konstitutives Ziel.

den Volksvertretungen. Sie sind also Spezialorganisationen der politischen Einflussnahme und des politischen Betriebes. Das Grundgesetz fasst diese Aufgaben zusammen in den Worten: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Der Rechtsbegriff der politischen Partei entspricht recht genau diesem tatsächlichen Befund. Nach Paragraph 2 des Parteiengesetzes sind Parteien „Vereinigungen von Bürgern“, juristische Personen können nicht Mitglied sein. Damit sind die Parteien keine staatlichen Veranstaltungen,



Parteiengesetzbuch beim Piraten-Parteitag

sondern Organisationen der Zivilgesellschaft. Demgemäß stellen sie sich im Kern dar als Vereine des Zivilrechts, so wie andere Vereine auch. Nach dieser ihrer Struktur sind es die Mitglieder, die das Parteigeschehen bestimmen; die grundsätzliche Struktur dieses Typus von Organisation wird damit dem Gebot der innerparteilichen Demokratie aus Artikel 21 des Grundgesetzes gerecht. Die politischen Parteien werden – wie alle Organisationen – durch ihre Ziele bestimmt. Hier hat das Parteiengesetz die Entsendung von Repräsentanten in eine Volksvertretung als konstitutives Ziel einer Partei genannt. Schließlich muss eine Organisation, um vor dem Recht Partei zu sein, auch hinreichend groß und hinreichend organisiert sein, um dieses Ziel ernstlich verfolgen zu können.

**Ernsthaftigkeit** Der rechtliche Parteibegriff nach Paragraph 2 des Parteiengesetzes setzt sich also zusammen aus einem Strukturelement, einem Zielelement und einem Merkmal der Ernsthaftigkeit. Diese Ernsthaftigkeit ihrer Zielsetzung muss eine Vereinigung dadurch unter Beweis stellen, dass sie innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren an einer Bundestagswahl oder an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilnimmt. Im Zeichen der europäischen Einigung erfüllt auch eine Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament diese Voraussetzung.

Die Betätigung lediglich in den Gemeinden und Kreisen genügt nach dem Gesetz nicht.

Diese Eigenschaften muss eine Organisation tatsächlich erfüllen, um auch im Rechtssinn eine Partei zu sein. Die Selbstkennzeichnung als Partei genügt nicht. Umgekehrt gilt aber auch: Vereinigungen, die diese Voraussetzungen erfüllen, sind von Rechts wegen Parteien und unterliegen damit den besonderen Bestimmungen des Parteienrechts mit ihren speziellen Rechten, aber auch mit ihren besonderen Pflichten. Der Wille, nicht Partei zu sein, ist dann nicht maßgebend. Ein Beispiel hierfür sind freie Wählervereinigungen, die zu Landtagswahlen mit eigenen Kandidaten antreten. Diese Zuerkennung des Parteistatus gegebenenfalls auch entgegen der Selbsteinordnung erfolgt durchaus zu Recht: Niemand soll sich den besonderen Pflichten einer Partei, etwa der Offenlegung ihrer Finanzen, entziehen können. Die politischen Parteien genießen von Verfassung wegen einen vierfältigen Status, der im Artikel 21 des Grundgesetzes verankert ist. Sie haben die Garantie der Freiheit, das umfasst verschiedene Aspekte: die Betätigungsfreiheit, die Tendenz- und Programmfreiheit, die Freiheit der Organisation nach eigener Vorstellung. Sie genießen der Status der Gleichheit: Sie müssen vom Staat gleich behandelt werden, was eine notwendige Voraussetzung für eine faire Wettbewerbsdemokratie ist.

Damit die Bürger wissen, woran sie mit ihren Parteien sind, haben sie einen Status der Öffentlichkeit inne, insbesondere müssen sie ihre finanziellen Verhältnisse offenlegen. Schließlich sind sie auf die innerparteiliche Demokratie verpflichtet. Nur eine intern demokratische Partei kann tatsächlich den Willen der Bürger hin zum Staat transportieren und so die Funktion der Parteien erfüllen.

**Ausrichtung auf Wahlen** Allerdings haben die politischen Parteien kein Monopol auf die politische Betätigung. Nach dem Grundgesetz „wirken“ sie bei der politischen Willensbildung lediglich „mit“. Sie stehen also in Konkurrenz zu anderen Formen der politischen Aktivität. Das, was sie hervorhebt aus den anderen politisch agierenden Organisationen – man denke an die verschiedensten Interessenverbände – ist ihre Ausrichtung auf Parlamentswahlen. Die Aktivitäten werden rechtlich stark dem Gleichbehandlungssatz unterworfen. In der Folge herrscht bei den Parteien mehr Chancengleichheit – und Transparenz – als bei den Interessenverbänden.

Der Autor ist Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtssoziologie und stellvertretender Direktor des Instituts für Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi, Parteipolitik und Parteiforschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

## Barometer für die Stimmung

**PARTEITAGE** Auseinandersetzungen um Personen und Inhalte sind nur in Maßen erwünscht, dennoch sorgen die Deligiertentreffen häufig für Überraschungen

Sie garantieren Aufmerksamkeit und sind eine Mischung aus Mitgliederversammlung und Kundgebung: die Parteitage der wichtigen deutschen Parteien. Das Parteiengesetz schreibt vor, dass Parteien mindestens alle zwei Jahre einen Parteitag abhalten müssen, auf dem dann auch die Führung gewählt wird. Oft finden Parteitage aber noch häufiger statt. Vor einer Bundestagswahl gibt es einen, um das Wahlprogramm zu beschließen und eventuell einen Kanzlerkandidaten zu nominieren. Wenn nach der Wahl eine Regierungsbeteiligung möglich wird, muss der Koalitionsvertrag ebenfalls einen Parteitag zur Abstimmung vorgelegt werden. In der turbulenten Zeit rund um die Reformen der Agenda 2010 zwischen 2002 und 2005 hat die SPD sogar sieben Parteitage abgehalten.

**Mächtige Gremien** Der Ablauf des Parteitags folgt dabei einer strengen Regie. Die Gründung einer Partei muss ebenso von einem Bundestag beschlossen werden wie die Satzung oder die Auflösung. Da nicht alle Mitglieder an einer solchen Versammlung teilnehmen können, werden von Landes- und Bezirksverbände Delegierte gewählt. Eine wichtige Rolle spielt oft die Antragskommission, die alle Anträge von Einzelpersonen oder Gruppen sammelt und dann zur Abstimmung stellt. Eine geschickte Antragskommission kann viel

Einfluss darauf haben, ob Konflikte auf einem Parteitag eskalieren oder ob es zu einem Kompromiss kommt. Ein beliebter Trick besteht darin, unliebsame Anträge per Beschluss an eine Kommission oder die Bundestagsfraktion zu überweisen, wo sie dann oft auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

Zwar hat es auch in Deutschland Ansätze gegeben, Parteitage mit Showelementen anzureichern. Doch im Vergleich zu Parteikonventionen etwa in den USA laufen solche Veranstaltungen hierzulande noch immer eher bieder und oft sogar ein wenig steif ab. Die Parteiführungen bemühen sich in aller Regel, wichtige personelle und inhaltliche Fragen schon vor einem Parteitag zu klären, um möglichst wenig dem Zufall beziehungsweise dem Willen der Delegierten zu überlassen. Hauptzweck eines Parteitags soll es nach dem Wunsch der Führung zu meist sein, Geschlossenheit zu demonstrieren. Streit um Inhalte und Personen ist da allenfalls in überschaubarem Ausmaß erwünscht.

Als sich beispielsweise vor dem jüngsten CDU-Bundestag im Dezember 2012 in Hannover abzeichnete, dass es fünf Bewerber um die bisher vier Posten der Vize-Parteichefs geben würde, löste die Parteiführung den Konflikt, indem sie die Zahl der Stellvertreterposten kurzerhand auf fünf erhöhte. Einen anderen Verlauf nahm aber



Parteitage in Deutschland, hier das Treffen der FDP Anfang März in Berlin, folgen in der Regel einer strengen Regie – ohne große Showelemente.

im März der jüngste Parteitag der FDP. Da gelang es dem schleswig-holsteinischen FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki, bei der Kampfabstimmung zur Wahl der Vize-Parteichefs mit Dirk Niebel (Entwicklung) und Daniel Bahr (Gesundheit) gleich zwei Bundesminister aus dem Rennen zu schlagen. Unvergessen ist bis heute auch der Mannheimer SPD-Parteitag im November 1995, als sich der damalige saarländische

Ministerpräsident Oskar Lafontaine über Nacht entschied, gegen den amtierenden SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping anzutreten.

Immer für eine Überraschung gut sind auch die Parteitage der Grünen. Als die Parteiführung im Juni 2011 einen Parteitag abhielt, um über die Haltung zum schwarz-gelben Atomausstieg zu entscheiden, war nicht von vornherein klar, dass sich die Delegierten

für eine Zustimmung entscheiden würden. Auch die Linkspartei hielt im Juni vergangenen Jahres in Göttingen einen dramatischen Parteitag ab. Auf offener Bühne rechnete der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi mit dem früheren Parteichef Oskar Lafontaine ab.

Parteitage sind aber auch immer ein Barometer für die Stimmung in einer Partei. Als etwa der bekannte „Euro-Rebell“ Peter Gauweiler beim CSU-Parteitag im Oktober 2011 nur knapp bei dem Versuch scheiterte, Vize-Parteichef zu werden, war klar, dass es in der Partei eine starke Strömung gibt, die der Euro-Rettungspolitik sehr skeptisch gegenüber steht. Und als der damalige SPD-Generalsekretär Olaf Scholz beim Bochumer Parteitag im November 2003 mit einem sehr schlechten Ergebnis in seinem Amt bestätigt wurde, war das der Anfang vom Ende des Parteivorsitzenden und schließlich auch des Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent der „Märkischen Allgemeinen“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**G**emäß Artikel 21 des Grundgesetzes müssen die deutschen Parteien „über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben“. Diese Maßgabe wurde 1949 als Konsequenz der intransparenten Großspenden aus Unternehmenskreisen an die NSDAP in die Verfassung aufgenommen – und danach 18 Jahre lang von allen Parteien ignoriert. Erst als die vier im Bundestag verbliebenen Parteien CDU, CSU, SPD und FDP ihre staatliche Finanzierung rechtlich absichern wollten, wurden im Parteiengesetz von 1967 Rechenschaftsberichte vorgesehen. Um einen Durchbruch auf dem Weg zu mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung handelte es sich dabei allerdings kaum: An Anonymität interessierten Unternehmen blieb es unbenommen, auf dem Umweg über sogenannte „Fördergesellschaften“ ihre Identität zu verheimlichen.

Erst als im Zuge des Flick-Skandals der Umfang der „politischen Landschaftspflege“ in Deutschland bekannt wurde, gab es ernsthafte Bemühungen, Licht in das Dunkel der Parteienfinanzierung zu bringen. Vollends geschah dies erst mit den letzten beiden Reformen des Parteiengesetzes von 1994 und 2002.

**Bundesverfassungsgericht** Auch das Bundesverfassungsgericht hat sich im Bereich der Parteienfinanzierung nicht gerade als großer Mahner und Initiator von Reformen erwiesen. Das Gerichtsurteil von 1966 gilt weithin als Meilenstein auf dem Weg zu einer transparenten Parteienfinanzierung. Doch im Wesentlichen hat das Gericht damals der gängigen Praxis der Parteienfinanzierung seinen Segen gegeben. Die wichtigste Änderung war nur nomineller Natur: Aus der Finanzierung der allgemeinen Arbeit der Parteien (die de facto seit 1958 bestand) wurde eine Erstattung der Wahlkampfkosten – allerdings in derselben Höhe wie zuvor und mit jährlichen Abschlagszahlungen. Diese ließen keinen Zweifel daran, dass die staatlichen Mittel faktisch keineswegs nur für Wahlkämpfe verwendet wurden.

1994 setzte das Gericht dann der bisherigen Wahlkampffinanzierung ein Ende, beließ aber erneut die Höhe der Zuwendungen beim Alten. Der kleine Parteien begünstigende Sockelbetrag wurde zwar abgeschafft, seinen Fortbestand im Gewand der „Degression“, in deren Rahmen die ersten vier Millionen Wählerstimmen heute mit 85 Cent vom Staat vergütet werden, bestandene das Gericht aber nicht.

Während das Verfassungsgericht die Parteien stets als Verfassungsakteur auf Augenhöhe achtete, war es vor allem der stetig zunehmende öffentliche Druck, der für Reformen der Parteienfinanzierung sorgte. Die Konstruktion der staatlichen Zuwendungen stellt dabei heute den gelungensten Teil des Regelwerks dar. Anders als in den meisten europäischen Ländern setzt der deutsche Rahmen Anreize für Parteien, um Mitglieder und Kleinspenden zu buhlen. Es werden nämlich nicht nur Wählerstimmen finanziell honoriert (mit je 85 beziehungsweise 70 Cent), sondern auch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Einzelpersonen bis 3.300 Euro (mit 38 Cent pro Euro).

Auch die Transparenzregeln sind vergleichsweise entwickelt: Alle Spenden ab 10.000 Euro werden namentlich veröffentlicht, Spenden ab 50.000 Euro unverzüglich; Parteien müssen ihre Einnahmen und Ausgaben detailliert ausweisen und dabei auch die Spenden ihrer eigenen Abgeordneten angeben. Diese Veröffentlichungspflichten gehen über die in der Schweiz

# Geduldspiel um die Transparenz

**PARTEIENFINANZIERUNG** Viele Missstände sind abgestellt, aber Reformen sind nötig



Beim Sponsoring bezahlen Unternehmen dafür, Stände auf Parteitag aufstellen zu dürfen. Diese Gelder fallen nicht unter das Parteiengesetz.



Im Bereich der Spenden ist die dringlichste Reform die Einführung einer Obergrenze. Hier würden sich 50.000 Euro pro Jahr und Konzern, Verband oder Person anbieten. Immer wieder größter Stein des öffentlichen Anstoßes sind die Großspenden. Auch hier würde eine Obergrenze dem verbreiteten und in der Regel unbegründeten Eindruck entgegenwirken, Parteien hierzu läßten sich von mächtigen Interessenvertretern kaufen. Diese Reform erscheint daher nicht nur geboten, sie rührt zudem auch kaum an der existierenden Struktur der Einnahmen. Dies verdeutlicht eine Berechnung für die letzte abgeschlossene Legislaturperiode: Im Zeitraum zwischen den Jahren 2006 und 2009 lag der Anteil von Großspenden über 50.000 Euro pro Jahr für alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien bei weniger als einem Prozent. Das entspricht 4,2 Millionen von 445,7 Millionen Euro.

**Mehr Transparenz** Allgemein sollte es bei der Nennung von Spenden zu mehr Transparenz kommen. Eine Senkung der Obergrenze für die Veröffentlichungspflicht von Spenden auf 2.000 Euro wäre hier ein Anfang. Der Fall des Spielautomatenherstellers Causelmann, dessen leitende Angestellte (angeblich freiwillig) systematisch Beträge unterhalb der aktuellen Obergrenze von 10.000 Euro an CDU, SPD, FDP und Grüne spendeten, verdeutlicht dies. Dieser Grenzbetrag ist immer noch zu hoch, um die Stückelung von Großspenden wirklich zu unterbinden. Das Unternehmen spendete seit 1990 angeblich mehr als eine Million Euro; „angeblich“, weil darüber kein gesichertes Wissen existiert.

Auch der Zeitraum zwischen Spende und Veröffentlichung ist noch immer häufig zu groß. Unmittelbar sollten bereits Spenden ab 10.000 Euro angezeigt werden und nicht wie bislang erst ab 50.000 Euro. Als „unmittelbar“ gelten bisher zudem auch mehrere Wochen; dies erscheint angesichts der Möglichkeiten moderner Informationstechnik als zu langsam. Dass niedrigere Obergrenzen und kürzere Veröffentlichungsintervalle nicht zu einem Überfluss an Information führen, in dem dann das Wichtigste verloren geht, verdeutlicht das Beispiel Großbritannien: Hier werden auf lokaler Ebene Spenden ab 1.000 Pfund (circa 1.170 Euro) veröffentlicht – in Wahlkampfzeiten sogar wöchentlich.

**Bessere Kontrolle** Der dritte Bereich, in dem Reformbedarf besteht, ist die Kontrolle der Parteienfinanzierung. Bislang liegt diese allein in den Händen des Bundestagspräsidenten. Besser wäre es, diese Aufsicht in die Hände einer unabhängigen Institution nach dem Beispiel des Bundesrechnungshofes zu legen. Ein solches Aufsichtsgremium könnte dann mit aktiven und ehemaligen Politikern sowie Externen besetzt werden. Denkbar wären auch Mitgliedschaften qua Amt, etwa für den Bundestagspräsidenten. Eine solche Institution existiert bereits beispielsweise in Großbritannien. Schließlich sollten die im Parteiengesetz vorgesehenen Sanktionen im Fall von Verstößen gegen die Regeln der Parteienfinanzierung verschärft werden. Dabei haben sich finanzielle Sanktionen bewährt, strafrechtlich werden Verstöße gegen das Parteiengesetz bislang faktisch nicht geahndet. In Frankreich werden schwere Verstöße gegen das Parteiengesetz mit dem Entzug des passiven Wahlrechts sanktioniert. *Michael Koß*

Der Autor ist Schumpeter-Fellow der Volkswagenstiftung und Akademischer Rat an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

oder Schweden, wo es nahezu keine Transparenzregeln gibt, hinaus, bleiben aber teilweise hinter denen in Großbritannien, wo mehr Information zur Verfügung steht, und Frankreich, wo schärfere Sanktionen drohen, zurück.

**Reformvorschläge** Reformen im Bereich der Parteienfinanzierung sind derzeit in

mindestens vier Bereichen geboten. Zunächst im Hinblick auf das Sponsoring, das das Finanzieren von Veranstaltungen wie beispielsweise Parteitag durch Konzerne meint. Sponsoring ist überhaupt nicht reguliert, es verbirgt sich unter der Rubrik „sonstige Einnahmen“. Im Gegensatz zu Parteispending kann Sponsoring als Betriebsausgabe steuerlich geltend ge-

macht werden und ist selbst für öffentliche Unternehmen zulässig. Parteiensponsoring muss zumindest den Spenden gleichgestellt werden, insbesondere was die Offenlegungsregeln betrifft. Generell stellt sich die Frage, ob das Sponsoring überhaupt zulässig sein sollte, kommt es doch zu Leistung (etwa Geldzahlung eines Unternehmens) und Gegenleistung (bei-

spielsweise Bereitstellung eines Standes auf einem Parteitag). Dies ist bei Parteispending in Deutschland explizit untersagt. Bislang veröffentlichen nur Bündnis 90/Die Grünen seit dem Jahr 2012 alle Einnahmen auch aus Sponsoringaktivitäten von sich aus. Diese Informationen gehören aber in die Rechenschaftsberichte aller Parteien.

## Flick, Bimbos und schwarze Koffer

**SPENDENAFFÄREN** Auch die Bundesrepublik erlebte im Laufe ihrer Geschichte mehrere Parteispendingkandale

Deutschland rangiert bei der Wahrnehmung von Korruption weltweit auf Platz 13 von 174. Dies sagt der aktuelle Index der Antikorruptionsorganisation „Transparency International“ aus. Deutschland ist also von Zuständen wie in anderen Staaten weit entfernt. Trotzdem gab es Zahlungen von „Bimbos“, wie der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) die illegalen Geldspenden an seine Partei auf gut pfälzisch nannte, in der bundesdeutschen Geschichte jedoch sehr wohl. Ob das Geld jedoch jemals im sprichwörtlichen schwarzen Koffer übergeben wurde, ist nicht bekannt.

**Flick-Affäre** Bekanntester Fall von illegalen Spenden an die Politik in Deutschland ist die sogenannte „Flick-Affäre“, die in den 1980er Jahren publik wurde. Dabei ging es um jahrelange verdeckte Barzahlungen des Flickkonzerns an alle damals im Parlament vertretenen Parteien. Diese Geldzahlungen waren laut dem Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch zur „Pflege der politischen Landschaft“ gedacht. In Reaktion auf den Skandal setzte der Bundestag 1984 einen Untersuchungsausschuss ein, der über zwei Jahre tagte. Der Ausschuss stellte fest, dass zwischen 1969 und 1980 mehr als 25 Millionen DM vom Flick-Konzern an Politiker von CDU/CSU, SPD und FDP geflossen waren. Der damalige Wirtschaftsminister Otto

Graf Lambsdorff (FDP) trat daraufhin aufgrund seiner Verwicklung in den Skandal von seinem Amt zurück. Gegen ihn, von Brauchitsch und den vormaligen Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) wurde Anklage erhoben. Als der Verdacht aufkam, der damalige Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) habe ebenfalls Zuwendungen von Flick erhalten, trat dieser einen Tag nach seiner Vernehmung durch den Untersuchungsausschuss ebenfalls zurück. Alle Vorwürfe gegen Barzel erwiesen sich allerdings im Nachhinein als haltlos.

Ende der 1990er Jahre schlug dann die Spendenaffäre der CDU Wellen. Ausgehend vom Ermittlungen gegen den früheren CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung wurde 1999 bekannt, dass die CDU unter ihrem damaligen Vorsitzenden und ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl jahrelang „schwarze Konten“ unterhielt. Diese Konten kamen nicht in den Rechenschaftsberichten der Partei vor. Sie beinhalteten illegale Spenden an die Partei, die zur Finanzierung von Wahlkämpfen und Wahlumfragen genutzt wurden. Mit dem Geld wurden besonders Kohl gut gesonnene Politiker unterstützt, weshalb es auch „System Kohl“ genannt wurde. Kohl gab die Existenz der Konten zu, übernahm die politische Verantwortung und trat von seinem Posten



„Bimbos“, das Spiel zum Finanzskandal

als Ehrenvorsitzender der Partei zurück. Vorwürfe, politische Entscheidungen seien käuflich gewesen, wies er jedoch von sich. Bis heute weigert er sich, die Namen der Spender zu nennen, er habe ihnen sein „Ehrenwort“ gegeben. Der Bundestag setzte einen Untersuchungsausschuss ein, der bis 2002 tagte, und verhängte ein Bußgeld. Die CDU erlitt zudem finanzielle Einbußen bei der Wahlkampfkostenersatzung.

Ein bekannter Fall aus den Bundesländern ist die Spendenaffäre der Kölner SPD, auch „Müllaffäre“ genannt. Dabei ging es um illegale Spenden an die Kölner SPD zwischen 1994 und 1999, die als Bestechung für die Zustimmung zum Bau einer Müllverbrennungsanlage gewertet wurden. Mehrere Kölner Kommunalpolitiker mussten zurücktreten und wurden wegen Bestechlichkeit verurteilt, die SPD musste Strafgebühren zahlen.

Der frühere nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der FDP, Jürgen Möllemann, war für einen weiteren Spendenskandal in NRW verantwortlich. Unter ihm hatte der Landesverband der FDP zwischen 1996 und 2002 mehrere Bar- und Sachspenden angenommen und nicht im Rechenschaftsbericht der Partei veröffentlicht. In Reaktion auf den Skandal erteilte der Bundestag der FDP damals einen Strafbescheid, gegen den die FDP erfolglos klagte. Möllemann trat infolge des Skandals aus der FDP aus. Gegen ihn wurde zudem ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eröffnet. *jbb*

Anzeige

### Kontroversen über gemeinsame Verantwortlichkeit und Werte



**Is there a European Common Good?**  
Herausgegeben von Sonja Puntischer Riekmann, Alexander Somek und Doris Wydra  
2013, 275 S., brosch., 44,- €  
ISBN 978-3-8329-7976-8  
(Salzburg European Union Studies, Bd. 1)

Gibt es ein europäisches *bonum commune*? Diese Studie spiegelt aus unterschiedlichen Perspektiven die Herausforderungen rund um die Definition des europäischen Gemeinwohls wider. Insbesondere die Vorgaben und Anforderungen der Europäischen Währungsunion und deren Auswirkungen auf europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit fordern eine Europäisierung unseres Verständnisses des Gemeinwohls.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter  
[www.nomos-shop.de/19956](http://www.nomos-shop.de/19956)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





**E**s gibt sie, die Durchstarter. Sören Bartol, Jahrgang 1974, mittlerweile in der dritten Wahlperiode im Bundestag und seit Oktober 2011 verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist so einer. Im Jahre 2001 schließt er sein politikwissenschaftliches Studium ab, und schon ein Jahr später zieht er als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Marburg-Biedenkopf (Hessen) in den Bundestag ein.

Anders als früher ist jemand wie Bartol heute nicht mehr die große Ausnahme. Mittlerweile wird rund ein Drittel der Bundestagsabgeordneten – mit ansteigender Tendenz – dem Karrieretypus des jüngeren Berufspolitikers zugerechnet. Das sind politische Aktivistinnen, die meist schon während der Ausbildung in einem politiknahen Bereich arbeiten, sei es als Hilfskraft im Parteiapparat oder als Assistent von Politikern. Anderen, den sogenannten Seiteneinsteigern, gelingt es, ganz ohne Parteikarriere – die berühmte „Ochsentour“ – aus einem Privatberuf direkt in eine Mandatsposition zu wechseln. Die Parteien greifen gelegentlich auf Fachleute zurück, vornehmlich aus dem verbandlichen oder dem privatwirtschaftlichen Bereich. Aber nur rund jeder zehnte Abgeordnete ist Seiteneinsteiger. Die weitaus meisten Bundestagsabgeordneten – etwa drei Fünftel – kommen über die sogenannte Standardkarriere zu ihrem Amt. Sie werden erst Berufspolitiker, nachdem sie sich in einem anderen Beruf etabliert und zugleich viele Jahre lang politische Ehrenämter bekleidet haben. Kein Wunder, dass der Übergang zum Mandat mit einem Durchschnittsalter von 44 Jahren erfolgt. Bundestagsabgeordnete sind also in der Regel ein „Zweitberuf“ und die Übernahme des Mandats eine relativ späte Belohnung für besonders aktive Parteimitglieder.

**Fünf Karrieren** Naturgemäß laufen die politischen Biographien der einzelnen Abgeordneten nicht einfach nach Muster ab. Fast immer spielen auch Zufälle eine Rolle. Fünf Kurzportraits von Bundestagsabgeordneten vermitteln einen Eindruck von Unterschieden und Ähnlichkeiten in den Karrieren. Die ausgewählten Parlamentarier gehören fünf verschiedenen Fraktionen an, haben unterschiedliche Ausbildungs- und Berufswege, befinden sich in unterschiedlichen Lebensaltern und stammen aus Ost- und Westdeutschland.

Ein wenig vorgezeichnet war der Weg von Sören Bartol schon. Er ist sozusagen in das sozialdemokratische Milieu hineingeboren. Die in der SPD aktive Mutter hat ihn schon als Kind häufig auf Parteiversammlungen mitgenommen. In den Schoß gefallen ist Bartol sein Mandat dennoch nicht. Vorausgegangen sind über zehn Jahre ehrenamtliche Arbeit in der SPD. Als Bartol 1992 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterbezirks Lippe der Jungsozialisten gewählt wurde, war er noch keine zwanzig Jahre alt. Die Chance auf eine Kandidatur für den Bundestag ergab sich Anfang 2001, als die damalige Wahlkreisabgeordnete des Kreises Marburg-Biedenkopf, ebenfalls SPD, nicht mehr kandidieren wollte. Mit den beiden Mitbewerbern hat Bartol im Vorfeld des Nominierungsparteitags Ende 2001 eine Vorstellungstour durch die Parteigliederungen unternommen. Das war ein „echter innerparteilicher Wahlkampf“, erinnert sich Bartol.

Ganz anders liest sich der Werdegang von Elisabeth Scharfenberg, die seit 2005 der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen angehört und den Wahlkreis Hof/Wunsiedel in Oberfranken im Nordosten Bayerns vertritt. Eine grün-alternative politische Orientierung hat Scharfenberg bereits Ende der 1970er Jahre, in der Entstehungszeit ihrer Partei, bei den Auseinandersetzungen um die Starbahn West am Frankfurter Flughafen entwickelt. Mitglied der Grünen ist sie aber erst 1999, mit Mitte dreißig, geworden. Vorher standen Ausbildung, Beruf und Familie im Vordergrund. Scharfenberg war lange Zeit in der Erwachsenenbildung, in der offenen Sozialarbeit und in der sozialpädagogischen

# Verschlungene Wege ins Parlament

**BUNDESTAGSABGEORDNETE** Dem Mandat geht meist die »Ochsentour« voraus



Unterschiedliche Politiker-Karrieren (von links oben nach rechts unten): Die Bundestagsabgeordneten Sören Bartol (SPD), Elisabeth Scharfenberg (Bündnis 90/Die Grünen), Martina Bunge (Die Linke), Jens Ackermann (FDP) und Willi Zylajew (CDU)

Familienhilfe tätig. Nach dem Eintritt ging der Aufstieg in der Partei aber ziemlich schnell. „Wenn man sich engagiert, dann bekommt man auch gleich ein Amt“, ist Scharfenberg Erfahrung. Als eine der zwei Sprecherinnen des Kreisvorstandes Hof ist sie rasch in die Politik hineingewachsen. Von 2002 bis 2010 war sie zudem Sprecherin des Bezirks Oberfranken. Im Jahre 2002 hat sich Scharfenberg dann erstmalig um ein Direktmandat für den Bundestag beworben und

2005 zusätzlich auch auf einem aussichtsreichen Listenplatz kandidiert. Auf der Delegiertenversammlung im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 hat sich Scharfenberg in einer Kampfkandidatur gegen die bisherige Mandatsinhaberin durchgesetzt. Jens Ackermann, seit 2005 Bundestagsabgeordneter der FDP aus dem Wahlkreis Börde (Sachsen-Anhalt) und derzeit Obmann seiner Fraktion im Gesundheitsausschuss, kommt aus dem Osten Deutschlands. Zur

Zeit der Wende war er erst 15 Jahre alt. Sein beruflicher und politischer Werdegang ähnelt dem seiner jüngeren Westkollegen Bartol und Scharfenberg. Ackermann stammt aus einer politisch liberal orientierten und beruflich mittelständisch geprägten Familie. Die Großmutter hat 1946 die Liberaldemokratische Partei (LDP) in Wansleben mitgegründet. In den neunziger Jahren absolvierte Ackermann Ausbildungen zum Krankenpfleger, Rettungsassistenten und Rettungsassistenten

und studierte dann Medizinpädagogik. Seit Ende der neunziger Jahre war er bei einem Rettungsdienst sowie in einer Krankenpflegeschule tätig. Wichtige Stationen seines politischen Werdeganges sind die Mitgliedschaft in der FDP-Fraktion im Kreistag des Bördekreises (seit 2004) und im Kreisvorstand des FDP-Kreisverbandes Börde (seit 2005). Im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 ist Ackermann von einem hochrangigen Parteikollegen zur Kandidatur aufgefordert wor-

den. Ackermann hat sich dann auf dem Nominierungsparteitag gegen zwei Mitbewerber um den zweiten Listenplatz im Land durchgesetzt. Dieser Erfolg sei, meint Ackermann, „sowohl auf einen regionalen Proporz als auch auf einen gewissen Überraschungseffekt zurückzuführen“.

**Typischer Repräsentant** Willi Zylajew, Jahrgang 1950 und seit 1969 Mitglied der CDU, hat, bevor er 2002 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rhein-Erft-Kreis I wurde, eine typische „Ochsentour“ durchlaufen. Er war über Jahrzehnte Mitglied des Rates der Stadt Hürth sowie Kreistagsabgeordneter des Erftkreises. Seit 1999 ist er Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises. Zylajew blickt auch auf eine lange Berufskarriere zurück. Er hat zunächst eine Ausbildung zum Mess- und Regeltechniker durchlaufen und später Sozialarbeit studiert. Im Jahr 1972 nahm er eine Tätigkeit beim Kreis-Caritasverband auf, wo er bis zum stellvertretenden Geschäftsführer aufstieg. In der Politik war es lange Zeit „mein Schicksal, jeweils zweiter Mann hinter einem prominenten CDU-Politiker und Mandatsträger zu sein“, berichtet Zylajew. Veränderte Planungen dieser Politiker haben dann auch Zylajew neue Optionen eröffnet. Dadurch hatte er im Jahre 1995 die Chance, in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einzuziehen. Ein paar Jahre später hat Zylajew in der Konkurrenz um die Bundestagskandidatur dann von seiner langen beruflichen und politischen Erfahrung profitiert. Mit seinem hohen Bekanntheitsgrad schlug er seinerzeit einen jüngeren Gegenkandidaten aus dem Feld. In seiner Fraktion im Bundestag ist Zylajew als Katholik, Gewerkschaftsmitglied sowie Mitglied des Bundesvorstandes der CDU-Sozialausschüsse ein typischer Repräsentant einer zwar schrumpfenden, aber immer noch wichtigen Wählergruppe, der katholischen Arbeitnehmerchaft.

Wechselvoll verlief die politische Karriere von Martina Bunge, Abgeordnete der Linken. Bunge, 1951 in Leipzig geboren, von 2005 bis 2009 Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und seit Oktober 2009 gesundheitspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, hat zunächst im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung gearbeitet, dann Mathematik und später Marxismus-Leninismus studiert. Am Ende des Ausbildungsweges standen Promotion und Habilitation. Nach der Wende hat es Martina Bunge „aus der Wissenschaft in die Politik gespült“, wie sie sagt. Sie war seit 1980 Mitglied der SED und gehört seit 1990 der PDS bzw. der Linken an. Bunge hat bereits 1994 in Mecklenburg-Vorpommern für den Bundestag kandidiert. Auf Listenplatz vier hat sie jedoch damals den Einzug in den Bundestag knapp verpasst. Ihre politische Karriere setzte Bunge dann zunächst auf Landesebene fort, ab 1998 als Mitglied des dortigen Landtages und zugleich – 1998 bis 2002 – als Sozialministerin der Landes Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahre 2005 wurde Bunge dann von den Delegierten ihrer Partei ohne Gegenkandidaten auf den sehr aussichtsreichen Listenplatz zwei gesetzt. Diesmal kam ihr der hohe Bekanntheitsgrad als ehemalige Landesministerin zugute. „Ich habe aber auch von der Quotierung – auf den ersten drei Listenplätzen müssen bei der Linken zwei Frauen vertreten sein – profitiert“, setzt Bunge hinzu.

**Der Weg danach** Und wie geht es weiter, wenn man den Sprung ins Parlament erst einmal geschafft hat? Eine Garantie, auch Bundestagsabgeordneter zu bleiben, gibt es jedenfalls nicht. Zu hoch ist das Risiko, bei der nächsten Wahl nicht mehr von der Basis nominiert oder abgewählt zu werden. Abgeordnete gehören dem Deutschen Bundestag im Durchschnitt etwa zehn Jahre, also weniger als drei Wahlperioden, an. Die meisten von ihnen stellen sich daher von vornherein darauf ein, irgendwann wieder in einen Beruf außerhalb der Politik zu wechseln. *Thomas von Winter*

## Die »Innere Lobby« verliert an Bedeutung

**INTERESSEGRUPPEN** Die organisatorischen und politischen Bindungen von Abgeordneten an Verbände werden schwächer

Mehr als die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten war in der 14. Wahlperiode (1998-2002) Mitglied einer Gewerkschaft, und im gegenwärtigen Bundestag sind es immerhin noch fast 30 Prozent. Ist oder war der Bundestag deswegen ein von Gewerkschaftern dominiertes Parlament? Mitnichten.

**Bindungen** Die größte Bedeutung hat die Gewerkschaftszugehörigkeit für die Abgeordneten der SPD. Hier lag der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder zwischen der 8. und der 11. Wahlperiode nahe bei 100 und auch danach nur in wenigen Wahlperioden unter 75 Prozent. Stark gewerkschaftlich geprägt ist auch die Linkspartei mit einem Anteil von gegenwärtig fast 53 Prozent. Bei den Grünen und der Union haben die Gewerkschafter hingegen nur einen Anteil von knapp zehn beziehungsweise von zwölf Prozent, bei der FDP ist er verschwindend gering. Anders sieht die Verteilung bei den wirtschaftsorientierten Parlamentariern aus. Heute gelten etwa zwei Fünftel der Unionabgeordneten als wirtschaftsnah und sind zudem meist über Organisationen wie den Wirtschaftsrat der CDU und die Mittel-

stands- und Wirtschaftsvereinigungen organisatorisch mit der Wirtschaft vernetzt. Auch zwischen FDP und Wirtschaft gibt es vielfältige Verknüpfungen. Zwischen den derzeitigen Oppositionsparteien und der Wirtschaft sind die organisatorischen Verflechtungen hingegen gering ausgeprägt. Weitere Interessenbindungen spiegeln die politisch-weltanschauliche und organisatorische Nähe zwischen Kirchen und CDU und CSU, zwischen Umweltverbänden und Grünen sowie zwischen Volkssolidarität, Arbeitslosenverband Deutschland und Linkspartei wider. In Deutschland sind solche Bindungen zwischen Parteien und Interessenverbänden traditionell stark ausgeprägt. Vielfach geht schon die Gründung von Parteien im 19. Jahrhundert auf Vorläufer im Verbandsbereich zurück. Erstaunlicherweise sind die Grundmuster der Beziehungen zwischen Parteien und Interessenverbänden seit der Zwischenkriegszeit, in der ein Großteil der heute die politische Landschaft prägenden Parteien oder ihrer Vorläufer bereits existierte, weitgehend stabil geblieben. Bis heute stellen die großen Verbände – Gewerkschaften, Arbeitgeber, Wohlfahrtsverbände – so etwa

wie einen organisatorischen Unterbau des Parteiensystems dar. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Intensität dieser Bindungen abgenommen, auch als Folge einer Erosion der traditionellen Sozialmilieus, insbesondere des katholischen und des Arbeitermilieus. Daher schmilzt auch im Bundestag die sogenannte Innere Lobby immer mehr ab. So ist der Anteil der Abgeordneten mit einer haupt- oder ehrenamtlichen Funktion in einem Interessenverband von der 9. Wahlperiode (1980-1983) von knapp 70 Prozent kontinuierlich auf knapp 40 Prozent in der 12. Wahlperiode (1990-1994) gesunken.

**Sozialbereich** Noch deutlicher zeichnet sich dieser Trend bei den Vereinigungen im Wirtschafts- und Arbeitsbereich ab. Hier ist der Anteil der verbandsgelinkten Abgeordneten seit der 7. Wahlperiode (36,4 Prozent) fast kontinuierlich auf knapp acht Prozent in der 16. Wahlperiode (2005-2009) zurückgegangen. Im Gegensatz allerdings ist der Anteil der Abgeordneten mit haupt- oder ehrenamtlicher Funktion im Sozialbereich von der 7. bis zur 12. Wahlperiode von rund neun auf

knapp 14 Prozent und derjenigen mit einer Funktion im Bereich Kultur, Wissenschaft, Religion und Politik von gut fünf auf gut 20 Prozent gestiegen.

Die Verbandsbindungen der Abgeordneten sind also zugleich weniger, schwächer und vielfältiger geworden. Die sogenannte Innere Lobby, die früher als Brückenkopf der Verbände im Parlament galt, hat damit an Bedeutung verloren. Viele Abgeordnete bringen heute mit einer Verbandsmitgliedschaft kaum mehr als eine gewisse Verbundenheit mit bestimmten Gesellschaftsgruppen zum Ausdruck. Dadurch ist der Spielraum für neue Bündnisse größer geworden. Wenn es nützlich erscheint, werden auch schon mal kurzlebige Koalitionen gebildet – etwa zwischen Grünen und Wirtschaft, Union und Umweltverbänden –, die früher kaum denkbar erschienen. *tw*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Hamburger Edition

### Recht auf Wahrheit – Wahrheit als Recht

William A. Schabas  
**Kein Frieden ohne Gerechtigkeit?**  
Die Rolle der internationalen Strafjustiz

Seit 2002 existiert der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, zuständig für Delikte des Völkerstrafrechts. Eine Errungenschaft zweifellos, gleichzeitig eine ständige Herausforderung an Recht, Gesetz und Politik. Kann der Gerichtshof die Anforderungen an die Neutralität internationaler Rechtsprechung erfüllen, oder wie groß ist der Einfluss der Politik auf die Verfahren? Welche Rolle spielen Überlegungen zur Amnestie? Und wie agieren die internationalen Gerichte im Spannungsfeld zwischen Friedenssicherung und Gerechtigkeit?

Die internationale Strafjustiz bewegt sich im brisanten Bereich von Recht, Gesetz und Politik. Welchen Einfluss hat die Politik auf die internationale Rechtsprechung, die der Neutralität und Objektivität verpflichtet ist? Nach welchen Kriterien werden die zur Anklage kommenden Fälle ausgewählt? Wie agieren die internationalen Gerichte im Spannungsfeld zwischen Friedenssicherung und Gerechtigkeit?

www.hamburger-edition.de

€ 12 | 104 Seiten | ISBN 978-3-86854-256-1

## Gespräche sind am wichtigsten



Hermann Gröhe, CDU-Generalsekretär

Die beste Antwort auf Parteienverdrossenheit ist das persönliche Gespräch. Weniger interne Sitzungen, mehr Kontakt zu Bürgern – dabei gewinnen alle. Ich erlebe Gespräche mit Azubis, Schülern oder aktiven Bürgern als große Bereicherung. Dabei höre ich oft die Forderung an uns Politiker: Sprecht verständlicher! Im Gespräch werden auch manche Vorurteile abgebaut. So erleben die Bürger, dass sich die Politikerinnen und Politiker ihre Entscheidungen nicht leicht machen. Parteimitglied zu sein, muss sich lohnen. Alle CDU-Mitglieder können sich per Internet mit konkreten Vorschlägen in die Erarbeitung von Parteientscheidungen einbringen. Und aktuell können alle Bürgerinnen und Bürger an unserem Regierungsprogramm für die Bundestagswahl mitschreiben. „Was mir am Herzen liegt!“ haben wir bewusst als Motto gewählt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Ausbau der Bürgerbeteiligung. So wurde vom Bundestag jüngst ein Gesetz beschlossen, das die Mitsprache bei der Planung von Großprojekten verbessert. Wir haben verstanden: Politik darf nicht nur Sender, sondern muss auch Empfänger sein.

## Das beste Mittel ist gute Politik



Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär

Das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit ist eine gute Politik. Wenn die Menschen feststellen, dass ihre Anliegen aufgegriffen werden, festigt sich auch das Vertrauen in die Politik. Moderne Politik bedeutet für uns Beteiligung und Mitgestaltung durch die Bevölkerung.

Wir stehen für eine Koalition mit den Bürgern, so haben wir als CSU im Bund und in Bayern viel erreicht: Deutschland ist gut durch die Krise gekommen, es gibt so viele sozialversicherungspflichtige Jobs wie nie zuvor und wir haben an vielen Stellen die Bürger finanziell entlastet. Der Blick auf Bayern zeigt: Der Freistaat ist deutschlandweit überall an vorderster Stelle – egal ob bei Wirtschaft oder Arbeitsmarkt. Wir tun in Bayern viel, um gerade jungen Menschen ein Maximum an Chancen zu bieten: Wir investieren massiv in Bildung und sorgen mit dem ausgeglichenen Haushalt dafür, dass der Freistaat auch in Zukunft leistungsfähig ist. Moderne Politik heißt für uns, Chancengerechtigkeit durchzusetzen. Daran hart zu arbeiten und die Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, ist unser Konzept gegen Politikverdrossenheit.

## Jeder soll selbst entscheiden



Patrick Döring, FDP-Generalsekretär

Mitmachen ist das beste Mittel gegen Frustration. Wir Liberale ermuntern die Menschen, in unserer Demokratie mitzumachen. Dazu nutzen wir schon seit Jahren auch die modernen Medien. Erst jetzt wieder führen wir im Internet eine spannende Debatte über unser Wahlprogramm, das wir auf dem Parteitag in Nürnberg Anfang Mai verabschieden wollen. Mehr als 1.000 Änderungsanträge und mehr als 5.000 Kommentare sind dazu eingegangen. Und es sind keineswegs nur die Mitglieder, die sich beteiligen. Das zeigt, wir sind offen für die Meinungen und Ideen in unserer Gesellschaft. Und das zeigt auch, so politikverdrossen scheinen die Menschen gar nicht zu sein. Bei uns kann man mitreden, wie auch die Mitgliederentscheide in der Vergangenheit beweisen: zum Lauschangriff, zur Wehrpflicht oder zur Euro-Rettung. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie in Form von Volksbefragungen und Volksentscheiden ein. Wir fördern ehrenamtliche Tätigkeiten und individuelles Engagement. Unser Grundsatz: Jeder soll selbst entscheiden können, wie er leben will. Müsste eigentlich jedem gefallen...



Protest gegen „Stuttgart 21“: Interessen werden häufiger außerhalb von Parteien artikuliert als früher. Die Neigung, sich an Parteien zu binden, nimmt ab.

# Mitreden – auch ohne ein Parteibuch

**WANDEL** Parteien öffnen sich für die Mitsprache von Nichtmitgliedern

Der gesellschaftliche Wandel stellt die traditionelle Form der Mitgliederpartei vor vielfältige Herausforderungen. Zum einen haben es die Parteien mit einer geringeren Neigung in der Bevölkerung zu tun, sich dauerhaft an eine Groß-Organisation zu binden. Zum anderen formuliert der politisch interessierte Teil der Bevölkerung höhere Mitwirkungs- und Teilhabeanprüche im Sinne einer wirksamen und schnell erkennbaren Einflussmöglichkeit. Die Voraussetzungen für die etablierten Parteien, Hauptansprechpartner für jüngere und partizipationswillige Bürger zu sein, sind deshalb nicht die günstigsten: Parteien gelten den wenigsten Interessierten als erlebnis- und ereignisreicher Partizipationsraum, der nicht ausreichende individuelle Mitwirkungsmöglichkeiten anbietet, von Routinen überlagert wird und dessen Gestaltungsraum für das einzelne ehrenamtliche Mitglied an den Grenzen des Ortsvereins endet. Das Binnenleben der Organisation ist mit dem Blick von außen geprägt von Hierarchien und traditionellen Strukturen. Zudem macht den Parteien das Image zu schaffen, Vereine für Berufspolitiker zu sein, welche deren Macht und Ressourcen absichern und den Amateuren an der Basis wenig Handlungsspielraum geben möchten. Der Freizeitwert der ehrenamtlichen Parteiarbeit wird entsprechend als gering eingeschätzt, eine Parteimitgliedschaft genießt in weiten Teilen der Bevölkerung keine herausgehobene soziale Reputation. Da nimmt es nicht wunder, dass insbesondere

**Auf dem Spiel steht die Rolle als machtvoller Motor im Prozess der politischen Willensbildung.**

als auch außerhalb von politischen Parteien. Schließlich ist die Beteiligungsmöglichkeit im Netz ortsunabhängiger, zeitlich flexibel und individuell gestaltbar. Doch die anderen Parteien reagieren nicht nur mit ihrem Onlineangebot auf Partizipationswünsche, sondern probieren darüber hinaus unterschiedlichste Formen und Instrumente der innerparteilichen Mitwirkung aus. Grundlegend ist die Frage zu beantworten: Wer darf über was in welcher Art und Weise mitentscheiden? Beim „wer“ ist zunächst bei allen Parteien eine Ausweitung des Adressatenkreises zu beobachten: Nicht nur Mitglieder, sondern Sympathisanten oder interessierte Bürger allgemein sollen erhöhte Mitwirkungsmöglichkeiten bekommen. Die Mitgliedschaft soll zudem entgrenzt oder fle-

xibilisiert werden, etwa durch zeitlich befristete Gast- oder Schnuppermitgliedschaften. Die Mitwirkung in einzelnen Arbeitsgruppen der Parteien ohne formellen Parteibeitritt, aber mit Rede- und Antragsrecht wurde spürbar erleichtert, wie es etwa die SPD in ihrer jüngsten Parteireform 2011 beschlossen hat. Beim „was“ ist grundlegend zwischen Sachfragen und der Personalauswahl zu unterscheiden; bei der Art und Weise sind die Hürden des Zugangs, unterschiedliche politische Verbindlichkeit sowie das Instrument oder die Form der Mitwirkung zu differenzieren. Grundlegend gilt als Faustregel, dass Personalfragen nahezu ausschließlich von den Mitgliedern zu entscheiden sind, während bei Sachfragen auch Nichtmitglieder vernehmlich eingebunden werden. Bei der Auswahl von Personen wird von den Parteien seit einiger Zeit das Mitgliederprinzip gegenüber dem bislang geltenden Delegiertenprinzip verstärkt eingeführt, etwa bei der Wahl der Bundestags- und Landtagskandidaten, aber auch – wie jüngst bei den Grünen auf Bundesebene – bei der Bestimmung von Spitzenkandidaten. Bei der Wahl von Parteivorsitzenden auf Bundesebene hat die SPD im Jahr 1992 die Mitglieder abstimmen lassen, danach wollte sie ihnen diese Möglichkeit nicht mehr geben. Von dem im Statut verankerten Recht, den Kanzlerkandidaten durch eine Urwahl zu bestimmen, hat die Partei bislang keinen Gebrauch gemacht.

**Grundlegend ist die Frage zu beantworten: Wer darf über was in welcher Art und Weise mitentscheiden?**

**Verbindlichkeit** Die verstärkten Anstrengungen der Parteien, Sympathisanten bei Sachfragen mitwirken zu lassen, werden mit Blick auf die Wahlprogramme für die Bundestagswahl in diesem Jahr sichtbar. Alle im Bundestag vertretenen Parteien bieten on- und offline Möglichkeiten des Mitmachens und Mitdiskutierens an: Bürgerdialoge und Mitmach-Tools, Diskussionsforen, Bürgerkonvente und Regionalkonferenzen und so-

gar Mitgliederentscheide über wichtige Projekte bei einer möglichen Regierungsbeteiligung (Bündnis 90/Grüne) sind eingerichtet beziehungsweise vorgesehen. Mit ihrem Entschluss erreichen die Bündnisgrünen eine höhere Verbindlichkeitsstufe als etwa SPD mit ihrem „Bürgerdialog“, die FDP mit ihrem „Bürgerprogramm“ auf dem Mitmachportal „Meine Freiheit“ oder die CDU mit ihrem Angebot „Was mir am Herzen liegt“, da sie ein höheres Maß an Überprüfbarkeit des Einflusses und damit der Wirksamkeit des Engagements gewährleisten. Das Ausmaß der politischen Verbindlichkeit ist ein zentraler Aspekt, um die Mitwirkungsrechte qualitativ bewerten zu können. Je unverbindlicher und intransparenter, umso weniger wirksam wird dem Einzelnen sein Mitwirken erscheinen. Die SPD hat daher die Bürgervorschläge im Programm immerhin eigens gekennzeichnet, wenngleich die personelle Zusammensetzung der Bürgerkonvente offen blieb. Die Frage des Zugangs zur Mitwirkung ist online offline zu stellen: die Hürden sind unterschiedlich hoch und reichen von einfacher Registrierung bis hin zur formellen Mitgliedschaftsbestätigung. Die eingesetzten Instrumente der Mitwirkung sind ebenso vielfältig: Diskussionen, Konferenzen, Befragungen, Petitionen – alles sowohl online als auch außerhalb des Netzes. Um dauerhaft wieder mehr Anhänger zu gewinnen, reichen diese temporären Maßnahmen im Wahlkampf nicht aus. Hier gilt es für alle Parteien gleichermaßen, diese Angebote zu verstetigen und dem potenziellen Anhänger den Eindruck der unmittelbaren und dauerhaften Wirksamkeit seines Engagements aufzuzeigen.

Uwe Jun

Der Autor lehrt Politikwissenschaft an der Universität Trier und ist Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.

## Breit angelegter Bürgerdialog

Die SPD geht auf die Bürgerinnen und Bürger zu, sie hört ihnen zu, sie greift ihre Meinungen und Ideen auf und sie lädt zur Mitarbeit ein. Das war das Leitmotiv der Arbeit der SPD in den letzten drei Jahren. Deshalb haben wir als erste Partei in Deutschland in einem breit angelegten Bürgerdialog die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden muss. Die Antworten und Projekte aus diesem Bürgerdialog sind in unser Regierungsprogramm eingeflossen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen die Bürgerinnen und Bürger sein. Ihre Probleme und Sorgen müssen Ausgangs- und Mittelpunkt der Politik werden. Die SPD wird im Bundestagswahlkampf deshalb nicht nur Anzeigen schalten und Plakate kleben, sondern wir werden vor allem das direkte Gespräch suchen bei Millionen von Hausbesuchen. „Politik vom Sockel holen“ ist auch unser Motto auf Veranstaltungen sowie mit einer „Dialog-Box“ auf vielen Plätzen. Demokratie funktioniert nicht durch „Senden“ parteipolitisch Botschaften, sondern durch das Miteinander, um unser Land zum Besseren zu verändern.



Andrea Nahles, SPD-Generalsekretärin

## Glaubwürdiger ohne Kungelei

Politikverdrossenheit ist es ja nicht, die uns als Partei Die Linke Sorge macht. Bürgerinnen und Bürger sind politisch in Bewegung wie seit Jahrzehnten nicht. Es ist eher die verbreitete Auffassung, die politischen Dinge seien in der Sache zu kompliziert, seitens der Akteure zu wenig transparent, zu langwierig im Prozess und zu kompromisshaft im Ergebnis. Als Partei Die Linke versuchen wir erstens, das Komplex nicht kompliziert darzustellen, bei der letzten Bundestagswahl gelang laut einer Untersuchung der Universität Hohenheim uns das von allen Parteien am besten. Zweitens treten wir für mehr Partizipation und Transparenz ein. Auf allen politischen Ebenen sollten Menschen in Fragen der Finanzen, des Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Bildung sowie der Verwaltung unmittelbar mitwirken und mitentscheiden können. Und drittens sind wir als Partei glaubwürdig, weil wir nicht um der Macht willen Wahlersprechen brechen und weil wir uns keiner Kungelei, Lobbyisten und Großspender meiden uns eher.



Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer Die Linke

## Mitentscheiden ist Programm

Wir Grünen sind seit Jahren die einzige Partei, die kontinuierlich wächst. Insofern kann bei uns von Parteienverdrossenheit keine Rede sein. Der Grund ist sicherlich, dass wir unsere Mitglieder und die Menschen ernst nehmen als viele andere. Basisdemokratie zählt von Anfang an zum Selbstverständnis unserer Partei. In diesem Grundsatz sind wir uns immer treu geblieben. Wir sind die erste Partei Deutschlands, bei der die Mitglieder per Urwahl ihre Spitzenkandidaten direkt bestimmen konnten. Diesen Weg werden wir mit einem Mitgliederentscheid im Juni weitergehen. Erstmals werden grüne Mitglieder darüber abstimmen, welche Projekte wir in einer Regierungsbeteiligung als Erstes anpacken wollen. Parteien sollten kein exklusiver Club sein – auch nicht, wenn es um Kandidaturen geht: Bei uns gibt es offene Listen, wodurch sich auch Nicht-Mitglieder als Kandidaten aufstellen lassen können. Die hohe Beteiligung bei der Urwahl und insbesondere unser Mitgliederzuwachs zeigen, dass sich Bürger politisch engagieren wollen – wenn ihnen eine Partei die Möglichkeit einer echten Beteiligung einräumt.



Steffi Lemke, politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen







Sieben Oppositionsgruppen saßen am 7. Dezember 1989 in Ost-Berlin mit am sogenannten Runden Tisch, der unter anderem freie Volkskammerwahlen beschloss.

# Oppositionelles Gründungsfieber

**DDR** Einmischung in eigene Angelegenheiten: Im Herbst 1989 stellten Regimegegner der allmächtigen SED neue Parteien entgegen

Am 9. September 1989 trafen sich in Grünheide bei Berlin 30 Oppositionelle zu einem riskanten und in der Geschichte des SED-Staates bis dahin einzigartigen Unternehmern: Sie unterzeichneten einen Aufruf an alle Bürger der DDR, „die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen“, Mitglied einer neuen Sammlungsbewegung namens „Neues Forum“ zu werden. Initiatorin war Bärbel Bohley, die als Regimegegnerin bereits zweimal im Gefängnis gesessen hatte und in den nächsten Wochen und Monaten eine Symbolgestalt der friedlichen Revolution werden sollte. „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört“, hieß es in dem am folgenden Tag veröffentlichten Papier. Deshalb bedürfe es eines demokratischen Dialogs, der „in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land“ zu führen sei. Das Neue Forum (NF) betrachte sich als politische Plattform, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich mache, „sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen“.

**Der Mut der Oppositionellen wirkte sich auf die Bevölkerung aus.**

**Erstarrtes Regime** Zehn Tage nach dem Treffen beantragte das NF beim DDR-Innenministerium die formelle Zulassung – für die Staatsmacht eine Provokation. Für eine derartige Vereinbarung, erklärte das Ministerium, bestehe „keine gesellschaftliche Notwendigkeit“. Die von der SED geleitete Presse nannte das NF eine „staatsfeindliche Plattform“. Der Aufruf des NF verbreitete sich indes – auch dank westlicher Medien – quer durch die DDR. Trotz staatlicher Drohungen unterzeichneten noch im September rund 5.000 Bürger den Appell. Bis Ende des Jahres sollten es 200.000 werden. Das erstarrte SED-Regime hatte Hoffnungen enttäuscht, die vom sowjetischen KP-Chef Michail Gorbatschow angestoßenen Reformen könnten die DDR erreichen – die Alt-männerriege um Erich Honecker sperrte sich gegen jede Veränderung. Zehntausende flüchteten über bundesdeutsche Botschaften oder die seit dem 11. September offene ungarische Grenze nach Westen. Doch diese Massenflucht veranlasste viele andere DDR-Bürger, öffentlich von der kommunistischen Obrigkeit Reformen einzufordern. „Auf einmal gibt es eine neue Alternative, die nicht mehr nur Hierbleiben oder Weggehen, sondern nun auch Einmischen oder Weiterschieben heißt“, schrieb der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk. Zwischen Ostsee und Erzgebirge grassierte plötzlich ein oppositionelles Gründungsfieber. Binnen weniger Monate formierten sich Bürgerbewegungen, die sich als demokratische Alternative zur herrschenden Staatspartei und von ihr abhängigen Blockparteien verstanden, getreu dem Motto, mit dem der NF-Aufruf endete: „Die Zeit ist reif.“

Am 12. September 1989 präsentierten Oppositionelle „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR“, unterzeichnet von Mitgliedern der „Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ wie dem Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann und dem Dokumentarfilmer Konrad Weiß. Die Gruppe rief zur Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ auf und kündigte eine eigene Liste bei der nächsten Wahl an. Zweieinhalb Wochen später gründete ein Kreis um die Theologen Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert und Friedrich Schorlemmer die Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch“ (DA) „als Teil der breiten und gewaltfreien Reformbewegung für Demokratie in der DDR“. Und am 7. Oktober, dem DDR-Staatsfeiertag, legten nach Vorarbeit der Theologen Martin Gutzeit und Markus Meckel rund 40 Regimegegner im evangelischen Gemeindehaus in Schwante bei Oranienburg den Grundstein für eine neue sozialdemokratische Partei mit dem Kürzel SDP. In einem Grundsatzpapier bestritt sie den „Wahrheits- und Machtanspruch der herrschenden Partei“ und forderte „Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung“, „parlamentarische Demokratie“ sowie „soziale Marktwirtschaft“. SED-Führung und Stasi waren alarmiert. Honecker forderte „die Isolierung der Organisatoren der konterrevolutionären Tätigkeit“, „Schlagartig, konspirativ und vorbeugend“ wollte das Regime die angeblichen Rädelsführer verhaften. Die Wortführer der Opposition sahen die Gefahr, ließen sich aber nicht einschüchtern. Einladungen zu Gründungsversammlungen wurden mit größter Vorsicht übermittelt. Die führenden Köpfe der neuen Sozialdemokraten fertigten schon vor dem Treffen in Schwante eine mit elf Unterschriften beglaubigte Gründungsurkunde aus. Sie wurde bei einer Vertrauensperson deponiert, um das Papier – falls die Stasi die Versammlung unterbinden sollte – an West-Medien weiterzuleiten.



Bärbel Bohley und Jens Reich 1989

**Schein-Treffort** Der DA, dessen Gründung die Stasi unbedingt verhindern wollte, griff zu einem Trick, um die Häsher zu täuschen. „Wir hatten einen Schein-Treffort organisiert“, berichtete Neubert später. Die rund 80 Gründungsmitglieder wurden zu Eppelmann in das Haus der Samaritergemeinde beordert. Dort erfuhren sie die wahre Adresse der Zusammenkunft, Neuberts Privatwohnung – was die Stasi durch einen Spitzel mitbekam. „Die ersten 17 kamen noch rein“, erzählte Neubert, dann habe die Stasi den Zugang dicht gemacht. Der Mut der Oppositionellen wirkte sich auf die Bevölkerung aus. War der Sommer – wie Schorlemmer festhielt – „noch von Angst, Depression und totaler politischer Stagnation erfüllt“, wurde die Gesellschaft im Herbst von einer Welle der Politisierung erfasst; überall erwachte die Lust an der Mitbestimmung. In den Städten gingen Bürger protestierend auf die Straße. Angehörige und Freunde von Verhafteten hielten Mahnwachen. Künstler meldeten sich mit kritischen Stellungnahmen zu Wort, Arbeiter verfassten Resolutionen. Auch wenn Volkspolizei und Stasi die Aufmäppigen hier und da niederknuppelten – immer mehr Menschen verloren ihre Angst und übten den aufrechten Gang. „Wir demonstrierten und fragten nicht, ob wir das dürfen“, erinnerte sich Eppelmann, „wir taten es einfach.“ Am 4. Oktober verabschiedeten Vertreter der Oppositionsgruppen eine gemeinsame Erklärung. „Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten“, lautete ein Kernsatz. Doch bald zeigten sich Risse im Reformbündnis, die nach dem Mauerfall immer deutlicher wurden. Während die SDP sich gleich auf eine Parteistruktur festgelegt hatte, verstand sich das NF weiter als offene Diskussionsplattform. „Das NF will politische Verantwortung übernehmen, aber nicht eine Partei werden“, erklärte Gründungsmitglied Jens

Reich. Als parteiunabhängiges Netzwerk von Öko-Bewegungen sah sich die „Grüne Liga“, die sich am 26. November konstituierte, zwei Tage nach der „Grünen Partei“. Zunächst sieben Oppositionsgruppen und -parteien – DA, Demokratie Jetzt, Grüne Partei, NF und SPD sowie die am 2. Oktober gegründete „Vereinigte Linke“ und die schon seit 1986 existente „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) – saßen mit am Runden Tisch, der sich am 7. Dezember auf freie Volkskammerwahlen einigte. In deren Vorfeld drifteten die einst vereinten Regimegegner auch programmatisch weiter auseinander. „Für uns ist die Wiedervereinigung kein Thema“, verkündete das NF im Oktober. Bei den Sozialdemokraten, die zuneh-

mend mit der West-SPD kooperierten, und beim DA las sich das anders. Unter dem Einfluss bundesdeutscher Christdemokraten bewegte sich der DA von einer links-ökologischen Grundhaltung zur politischen Mitte. Für die Volkskammerwahl im März 1990 schloss er sich mit der neu ausgerichteten Ost-CDU und dem CSU-Ableger „DSU“ zur „Allianz für Deutschland“ zusammen, während Schorlemmer zur inzwischen umbenannten SPD wechselte. Das NF wiederum ging mit der IFM und „Demokratie jetzt“ zum „Bündnis 90“ zusammen.

**Ergebnis enttäuschte** Das Wahlergebnis war für die Träger der friedlichen Revolution enttäuschend. Bündnis 90 erhielt 2,9 Pro-

zent der Stimmen, die Grüne Partei in einem Wahlbündnis mit dem „Unabhängigen Frauenverband“ 2,0 Prozent. Der DA, dessen Vorsitzender Wolfgang Schnur ebenso wie SPD-Chef „Ibrahim“ Böhme als Stasi-Spitzel enttarnt worden war, kam nur auf 0,9 Prozent. Mit der Wahl waren auch die Würfel für die Abwicklung der DDR und ihren Beitritt zur Bundesrepublik gefallen. „Den demokratischen Aufbruchsbewegungen des Herbstes hatte die Einheit fern gelegen“, bilanzierte Schorlemmer, „doch die Bürger zogen die Einheit im Wohlstand einer Freiheit in Entbehrung vor.“

Peter Pragal

Der Autor arbeitete 1989/90 als DDR-Korrespondent des „Stern“ in Ost-Berlin.

## »Die Freiwillige Feuerwehr springt ein«

Der Politologe Everhard Holtmann warnt vor schwindender Parteienbindung in Ostdeutschland

**Warum ist die Bindung an Parteien im Osten schwächer ausgeprägt als im Westen Deutschlands?** Die neu gegründeten demokratischen Parteien in Ostdeutschland konnten 1989 und 1990 nicht in dem Maße auf gesellschaftliche Traditionsmilieus bauen wie in den alten Bundesländern. Gerade für Volksparteien sind solche Milieus immer noch und trotz nachlassender Bindung ein wichtiges Reservoir für Wähler und den Parteinauwuchs: für die Unionsparteien vor allem das konfessionelle und insbesondere katholische Umfeld, für die Sozialdemokraten das traditionell gewerkschaftliche. Zwölf Jahre Nazi-Diktatur und vier Jahrzehnte SED-Herrschaft haben im Osten Deutschlands solche Traditionslinien nachhaltig gekappt.

**Was ist mit Parteibindungen jenseits traditioneller Milieus?** Die Ausgangsbedingungen für die Neuformierung des Parteiensystems waren in den neuen Bundesländern alles andere als günstig. Nicht wenige Ostdeutsche gingen nach den Erfahrungen in einer durch und durch politisierten DDR-Gesellschaft zunächst auf Distanz zu parteipolitischen Engagement. Ökonomische Verwerfungen und die damit einhergehende Unsicherheit in den 1990er Jahren ihren Teil dazu bei, dass sich die Menschen lieber den Lebensbedingungen „vor der Politik“ widmeten.

**Sind die Parteien im Osten angesichts nachlassender Bindung Vorreiter einer gesamtdeutschen Entwicklung?** Ich wäre vorsichtig, hier von einem Vorreitermodell zu sprechen. Die negativen Folgen, die eine mangelnde Präsenz von Parteien ge-



Everhard Holtmann

rade in der Fläche mit sich bringt, sind bereits sichtbar. Bei Kommunalwahlen wird es immer schwieriger, Bürgerinnen und Bürger zu einer Kandidatur zu bewegen. Mit der Folge, dass mancherorts die Freiwillige Feuerwehr als Institution übrig bleibt und in die Lücke springt, die Parteien offen lassen. Parteien und diejenigen, die sie für wichtig halten, dürfen nicht darin nachlassen, am Anspruch einer flächendeckenden Präsenz festzuhalten.

**Wie groß ist die Gefahr, dass die NPD auf lokaler Ebene in ein Vakuum vorstößt?** Die NPD hat bisher auf kommunaler Ebene nur regional begrenzt nennenswerte Erfolge erzielen können, so in Teilen Sachsens und im östlichen Mecklenburg-Vorpommern. Im Unterschied zu vielen anderen EU-Mitgliedsländern bleiben rechtsextreme und auch po-

pulistisch-europakritische Parteien in Deutschland bisher weitgehend im Bereich der Splitterparteien. Das hat auch damit zu tun, dass Deutschland vergleichsweise stabil durch die seit 2008 anhaltende globale Wirtschaft- und Finanzkrise gekommen ist und sich das deutsche Sozialstaatsmodell bewährt hat.

**Welche Zukunft hat die Linke als gesamtdeutsche Partei?** Die Überlebensfähigkeit der Linken als bundesweit verankerte Partei hängt davon ab, ob sie sich bei Bundestags- und Landtagswahlen auf längere Sicht in Westdeutschland behaupten kann. Hinter der Westausdehnung mit der Fusion von Die Linke/PDS und WASG stand die Erkenntnis, dass man im gesamtdeutschen Parteiensystem nur überleben kann, wenn man im ganzen Land stabil verankert ist. So gesehen ist das wiederholte Scheitern bei Landtagswahlen im Westen ein bedrohliches Szenario für die Partei. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzen sollte, dann könnte es sein, dass die Linkspartei auf den Status einer regionalen Interessenpartei Ost zurückfällt.

Everhard Holtmann ist Professor für Politikwissenschaft und Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Das Interview führte Alexander Heinrich.



PARTEIEN 1861 – 1933

Konservative, Liberale, Katholiken und Sozialisten: Vier politische Grundströmungen haben die Parteienlandschaft in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933 geprägt. Ein Überblick über wichtige Parteien in Kaiserreich und Weimarer Republik:

**LIBERALE** 1861 ging die **Deutsche Fortschrittspartei** aus einem Zusammenschluss liberaler Parlamentarier im preußischen Abgeordnetenhaus hervor. Zu den programmatischen Zielen zählten die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, Rechtsstaatlichkeit und ein starkes Parlament. 1867 gründete sich die **Nationalliberale Partei** als Abspaltung der Fortschrittspartei: Sie galt als Partei des protestantischen Besitz- und Bildungsbürgertums sowie zunehmend auch der Großindustriellen und -unternehmer. Die Nationalliberalen unterstützten die Gründung des Deutschen Kaiserreichs, traten für den parlamentarischen Rechtsstaat ein und setzten auf die Entwicklung Deutschlands zu einer modernen Industrienation. Die nationalliberale Tradition setzte in der Weimarer Zeit die **Deutsche Volkspartei** (DVP) fort, die **Deutsche Demokratische Partei** (DDP, ab 1930 Deutsche Staatspartei) stellte sich demgegenüber in eine sozialliberale Tradition.



Wahlkampf der DVP im Jahre 1919

**KONSERVATIVE** Die 1867 gegründete **Freikonservative Partei** stellte sich von Anfang an konsequent hinter den Kurs des späteren Reichskanzlers Otto von Bismarck und galt auch über dessen Amtszeit hinaus als Verfechterin des Regierungskurses. Zum Ausdruck kommt dies ab 1871 mit ihrer Selbstbezeichnung als Deutsche Reichspartei. Sie vertrat vor allem die Interessen von Agrariern und Industrie, des Adels und des gehobenen Beamtentums. Auch die **Deutschkonservative Partei** galt vor allem als Interessenvertretung preußischer Eliten, insbesondere Großgrundbesitzer waren die Honoratioren der Partei. Sie positionierte sich mit sozialkonservativen Forderungen und zwischenzeitlich scharf antisemitischen Tönen gegen Liberalisierungen in der Wirtschafts- und Innenpolitik. In der Weimarer Republik stellte sich vor allem die **Deutsche Nationale Volkspartei** in die nationalkonservative Tradition.

**POLITISCHER KATHOLIZISMUS** Im Unterschied zu den meisten Parteien im Kaiserreich erreichte die 1870 gegründete katholische **Zentrums**partei alle sozialen Schichten: So konnte das Zentrum durch sein sozialpolitisches Profil auch Arbeiter an sich binden. Im Konflikt zwischen Reich und Katholischer Kirche („Kulturkampf“) pochte das Zentrum auf die Interessen der Katholiken in Deutschland und die Unabhängigkeit der Kirche. In der Weimarer Nationalversammlung bildete das Zentrum mit der SPD und der Deutschen Demokratischen Partei die Weimarer Koalition.



Wahlkämpfer des Zentrums 1919

**SOZIALISTEN** 1875 schlossen sich der bereits 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sowie die 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur **Sozialistischen Arbeiterpartei** (SAP) zusammen. Die SAP verstand sich als fundamentale Opposition zum politischen System des Kaiserreichs – und wurde 1878 durch das Gesetz „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verboten. Die 1890 als **Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (SPD) wiedergegründete Partei vertrat vor allem die Interessen der Arbeiterschaft und prägte durch ihren hohen Organisationsgrad das soziokulturelle Milieu ihrer Anhänger entscheidend. 1917 spaltete sich die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (USPD) ab – unter anderem wegen SPD-interner Differenzen zur Bewilligung von Kriegskrediten. 1918 gründete sich die **Kommunistische Partei Deutschlands** (KPD) in Abgrenzung zu den als zu gemäßigt empfundenen Sozialdemokraten.



Banner des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der am 23. Mai 1863 von Ferdinand Lassalle (rechts) gegründet wurde – die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie.



© Bildarchiv Bild - Bonn/Seydewitz/Alliance

# Traditionslinien mit Brüchen

**GESCHICHTE** Von der Paulskirche bis zur NS-Zeit: Erstarken und Erosion der demokratischen Kräfte

**H**eute können wir uns ein politisches Leben ohne Parteien nicht mehr vorstellen, eine parlamentarische Demokratie würde ohne sie nicht funktionieren. Tatsächlich ist die Entstehung der Parteien mit der Geschichte des Parlamentarismus eng verknüpft, die mit dem Ende Napoleons beginnt. Zum Erbe der Französischen Revolution gehörte die Auseinandersetzung mit konkurrierenden politischen Ideen, etwa dem Ruf nach Freiheit und Gleichheit. Daraus entstanden politische Bewegungen und Engagement mündete in Parteibildung. Gleichgesinnte taten sich zusammen, gruppierten sich oftmals um Zeitschriften. Die Konservativen scharten sich in Preußen um die „Neue Preussische Zeitung“, nach einer Vignette des Eisernen Kreuzes im Kopf des Titelblattes allgemein „Kreuzzeitung“ genannt. Die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“ waren das wichtigste Organ der Katholiken und die „Rheinische Zeitung“ und mehr noch das Nachfolgebild, die „Neue Rheinische Zeitung“ mit dem Chefredakteur Karl Marx war das Sprachrohr der Radikalen.

**Vier Grundströmungen blieben bis 1933 prägend für die deutsche Politik.**

**Erstmals Fraktionen** Die Parteien bildeten sich in Deutschland später als in England oder Frankreich – zuerst in den süddeutschen Ländern Baden, Württemberg und Bayern –, aber bis 1918 waren sie von der Regierungsgewalt ausgeschlossen. Die Revolution von 1848 war der Versuch, auch in Deutschland eine parlamentarische Verfassung zu etablieren. Im Paulskirchenparlament formierten sich erstmals Fraktionen, die sich aus gewählten Einzelpersonlichkeiten zusammensetzten und nach ihren Versammlungsorten benannt wurden. Das Spektrum reichte von den Konservativen im Café Milani bis zu den Radikalen im Hotel Donnersberg. Die noch weiter rechts stehenden Hochkonservativen, deren Sprachrohr die „Kreuzzeitung“ war und die enge Verbindungen zu den Höfen und zum Militär unterhielten, wirkten an der Nationalversammlung in der Paulskirche nicht mit. Sie hielten es mit dem Motto „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. Die Nationalversammlung scheiterte an der Weigerung von Preußens König Friedrich Wilhelm IV., die ihm angetragene Kaiserwürde anzunehmen. Dennoch hatte dieses erste gesamtdeutsche, demokratisch legitimierte Parlament weitreichende Folgen. Die Reichsverfassung von 1849 prägte die Weimarer Verfassung von 1919 und 30 Jahre später auch das Bonner Grundgesetz. Das Parlament in der Paulskirche ähnelte in seiner Struktur erstaunlich dem heutigen Bundestag. Es war dominiert von der Berufsgruppe der Beamten. Mehr als 600 der 812

Abgeordneten hatten studiert, die meisten waren Juristen. Angehörige der unteren Schichten waren kaum vertreten. Die vier politischen Grundströmungen, die schon im Revolutionsjahr 1848 aufgetreten waren – Konservative, Liberale, Katholiken und Sozialisten –, blieben prägend für die deutsche Politik bis 1933. In den 1860er Jahren kam es erstmals zur Gründung regulärer Parteien. Den Anfang machten die Liberalen mit der Deutschen Fortschrittspartei im Jahr 1861. 15 Jahre später spalteten sich die Nationalliberalen von ihr ab, die Bismarcks Regieren ohne reguläres Budget im Nachhinein gemeinsam mit den Konservativen im preußischen Landtag gebildet hatten. Die erwachende Nation war ihnen wichtiger als die Verfassung. Die Konservativen waren zunächst im Preußischen Volksverein organisiert, aber auch hier gab es eine Spaltung in die liberaleren Freikonservativen und die Deutschkonservativen. Die Katholiken gründeten 1870 die Zentrumspartei, die, abgesehen von der Verleumdung der Bayerischen Volkspartei nach dem Ersten Weltkrieg, bis 1933 unverändert bestehen blieb. Aus der Bewegung der sozialistischen Arbeitervereine ging der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) hervor, der am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründet wurde. Auf dieses Datum beruft sich die SPD, wenn sie in diesem Jahr ihr 150-jähriges Bestehen feiert. Der maßgeblich von Ferdinand Lassalle geprägte ADAV und die 1869 von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei vereinigten sich 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei.

**SPD benachteiligt** 1871 war das Deutsche Reich gegründet worden. Die Regierung, vom Kaiser berufen, war dem Parlament nicht verantwortlich. Dessen wichtigstes Recht war es, den Haushalt zu bewilligen. Die Konservativen und Nationalliberalen, die die Reichsgründung unterstützten, gingen als Sieger aus den ersten Reichstagswahlen hervor. Es waren, anders als in Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht, allgemeine, gleiche und geheime Wahlen, bei denen alle Männer über 25 Jahren stimmberechtigt waren. Zweitstärkste Fraktion wurde das katholische Zentrum, das zu Reichskanzler Otto von Bismarck, der strikt für die Trennung von Kirche und Staat eintrat, in Opposition stand. Die SPD gewann 3,2 Prozent der Stimmen, aber mit zwei Sitzen nur 0,6 Prozent der Mandate, weil sie durch das Wahlsystem stark benachteiligt war. Es gab ein relatives Mehrheitswahlrecht und die SPD hatte als einzige nichtbürgerliche Partei kaum Bündnispartner bei den Stichwahlen. Außerdem waren die städtischen Wahlkreise, in denen die Arbeiterschaft lebte, viel bevölkerungsreicher als die ländlichen, was die SPD zusätzlich benachteiligte.

Bismarck sah, dass er durch seinen „Kulturkampf“ gegen das Zentrum den Katholizismus eher stärkte als schwächte, auch erschien ihm die Sozialdemokratie zunehmend als der gefährlichere Gegner. 1879 vollzog er daher einen Wechsel, als nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen bereit war, seine neue Schutzzollpolitik mitzutragen, die vor allem den Interessen der Schwerindustrie und der Großagrarier diente. Fortan stützte sich Bismarck auf die Konservativen und auch auf das Zentrum. 1878 boten zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I., mit denen die Sozialistische Arbeiterpartei nichts zu tun hatte, den Vorwand für das Gesetz „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Dieses sogenannte Sozialistengesetz führte zum Verbot von Organisationen, Druckschriften und Versammlungen, lediglich die parlamentarische Betätigung blieb erlaubt. Die Sozialdemokratie zu zerschlagen, gelang Bismarck mit dem immer wieder verlängerten Sozialistengesetz nicht. Sie gewann im Gegenteil an Stärke. 1890 wurde die Partei wieder zugelassen, gewann bei den Reichstagswahlen erstmals die meisten Stimmen und nannte sich nun Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Der Anteil von 19,7 Prozent der Stimmen brachte ihr allerdings nur 8,8 Prozent der Mandate ein.

**Vorspiel für Hitlers Aufstieg** Bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Ende des Kaiserreichs wurde die SPD 1912 nicht nur nach Stimmen (34,8 Prozent), sondern auch nach Mandaten (27,7 Prozent) stärkste Kraft. Auf den zweiten Platz kam das Zentrum, dem 16,4 Prozent der Stimmen 22,9 Prozent der Mandate brachten. Die Liberalen waren gespalten in die eher konservativen Nationalliberalen und die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei. Beide Gruppen erreichten nach Stimmen wie nach Mandaten jeweils etwas mehr als zehn Prozent. Insgesamt hatte es in den Jahren von 1871 bis 1912 eine starke Verschiebung des Wählerverhaltens gegeben. Hatten Konservative und Nationalliberale bei der Reichsgründung zusammen noch 53,1 Prozent der Stimmen erreicht, waren es 1912 mit 25,8 Prozent nicht einmal mehr halb so viele. Die Linksliberalen hatten zugenommen, das Zentrum etwas verloren und die SPD hatte nun den effahchen Stimmenanteil. Die drei Parteien zusammen verfügten 1912 über die Mehrheit im Reichstag. Im Juli 1917 bildeten sie einen Interfraktionellen Ausschuss, der eine Friedensresolution mit dem Ziel eines Verständigungsfriedens einbrachte. Auf der Gegenseite formierte sich die Deutsche Vaterlandspartei als Sammelbewegung aller völkischen, antisemitischen und anti-demokratischen Kräfte. Der Historiker Friedrich Meinecke nannte die Vater-

landspartei „ein genaues Vorspiel für den Aufstieg Adolf Hitlers“. Tatsächlich ist 1917 bereits die politische Konstellation vorhanden, die die Weimarer Republik bis zu ihrem Ende prägen wird. Auf der einen Seite standen das Zentrum, die Liberalen, die 1918 die Deutsche Demokratische Partei (DDP) gründeten, und die SPD, von der sich 1918 die Kommunisten abspalteten. Auf der anderen Seite etablierten sich jene Kräfte, die 1920 mit dem Kapp-Putsch erstmals versuchten, die Weimarer Demokratie zu beseitigen. SPD, Zentrum und DDP, die vor allem den demokratischen Konsens der Weimarer Republik repräsentierten, erreichten bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 zusammen 83,4 Prozent der Stimmen. Bei der Reichstagswahl 1920 sank ihr Anteil auf 67,6 Prozent; im März 1933 betrug er noch 33,6 Prozent. Dies zeigt überdeutlich den Erosionsprozess der Weimarer Demokratie. Das Zentrum war auf niedrigem Niveau stabil geblieben, die DDP hatte mehr als 90 Prozent ihrer Mandate eingebüßt, die SPD etwa ein Drittel, weil sie viele Wähler an die KPD verloren hatte. Die konservative Deutsche Volkspartei (DVP) und die reaktionäre Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die auch vor einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten nicht zurückschonte,

hatten massiv an Zustimmung zugunsten der noch radikaleren Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) eingebüßt. Deren demonstrativ gewalttätigen Auftritten verschaffte ihr viel Publizität. Die NSDAP war die erste Partei, die Wähler in allen Teilen des Landes, beiden christlichen Konfessionen und allen Schichten erreichte, wengleich der Mittelstand überproportional vertreten war und die Arbeiterschaft unterrepräsentiert blieb. Ihr gelang es auch in starkem Maße, Nichtwähler anzusprechen. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 wurde sie erstmals mit 37,3 Prozent stärkste Fraktion vor der SPD mit 21,6 Prozent. Die KPD kam auf 14,3 Prozent, sodass die zwei Parteien, die die Demokratie grundsätzlich ablehnten, gemeinsam eine Mehrheit im Reichstag hatten, die jede konstruktive Arbeit unmöglich machte. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 fand die Demokratie dann auch formal ein Ende. Nur die SPD verweigerte im Reichstag dieser Selbstentmündigung des Parlaments die Zustimmung – was ihr Vorsitzender Otto Wels in einer dramatischen Rede begründete. Der letzte Satz lautete: „Freiheit und Leben kann man nehmen, die Ehre nicht.“ Drei Monate später war die SPD verboten; andere Parteien lösten sich auf, und Mitte Juli wurde der nationalsozialistische Einparteiensstaat per Gesetz festgeschrieben. Ernst Piper

Der Autor ist Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.



Ende der Weimarer Demokratie: Debatte über das Ermächtigungsgesetz 1933



# Im Wandel der Jahrzehnte

**ANALYSE** Seit der Anfangszeit der Bundesrepublik hat sich nicht nur die Parteienlandschaft geändert. Auch die Parteien selbst sind heute etwas anderes als jene von 1949

Die Formel ist ebenso elegant wie vage: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Mehr legt das Grundgesetz nicht fest zur Rolle der Parteien in der politischen Praxis – erstaunlich wenig angesichts ihrer zentralen Bedeutung im parlamentarischen Regierungssystem. Eine Definition von „Partei“ schien den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates offenbar unnötig; gestritten wurde nur über andere Vorschriften des Artikels 21, vor allem über die Parteifinanzierung. Vielleicht war die Allgemeinheit des Satzes, den die Mütter und Väter der Verfassung gewählt haben, aber auch vorausschauend. Denn die Parteien im beginnenden 21. Jahrhundert sind durchaus etwas anderes als jene der Jahre 1948/49 – auch wenn drei der fünf über Jahrzehnte im demokratischen Parlament der Bundesrepublik vertretenen Gruppierungen dem Bundestag immer angehört haben. An Union, SPD und FDP wie an den beiden hinzugekommenen Parteien Grüne und PDS beziehungsweise Die Linke kann man die Entwicklung der Demokratie in Deutschland gut nachvollziehen.

**Mutige Innovation** Zu den zentralen Aspekten gehört die langsame Erosion hergebrachter, aus der Nähe betrachtet scheinbar festgefügteter Milieus. Dass die CDU/CSU von Anfang an überkonfessionell konzipiert war, galt noch lange als mutige Innovation – weshalb bei der Postenverteilung bis hinein in die Ära von Helmut Kohl nicht nur auf regionalen, sondern auch auf Konfessionsproporz geachtet werden musste. Die Erinnerung daran löst heute jedenfalls in Deutschlands Großstädten nur Kopfschütteln aus. Angesichts der sinkenden Bedeutung beider großen Kirchen in Deutschland dürfte diese Entwicklung weitergehen. Ein neues verbindendes Element des konservativen Spektrums der Gesellschaft anstelle der christlichen Werte ist bislang aber nicht absehbar: Die CDU/CSU des 21. Jahrhunderts wird zusammengehalten von der Ablehnung als übertrieben empfundener Reformversprechen des linksliberalen und linken Spektrums – aber nicht von einer eigenen, positiv formulierten Vision.

Gleich mehrfach neu erfunden hat sich in den vergangenen 65 Jahren die SPD. Als einzige demokratische Partei hatte sie mit aller Kraft gegen die Nationalsozialisten gearbeitet, war mit unzähligen Opfern, aber moralisch unbeschädigt aus der Katastrophe des Dritten Reiches hervorgegangen – und saß dennoch ab 1949 auf Bundesebene der neugegründeten Bundesrepublik in der Opposition. Erst als der ehemalige Kaderkommunist Herbert Wehner die soziale Marktwirtschaft und die Westbindung dem Kernbestand sozialdemokratischer Identität hinzufügte, rückte die Sozialdemokratische Partei der Regierungsfähigkeit näher und stellte ab 1969 den Bundeskanzler. Allerdings löste sich ihr angestammtes Milieu, die Arbeiterschaft, in den 1970er und 1980er Jahren weitgehend auf. Die Sozialdemokratie reagierte darauf, indem sie den Bürgern den Eindruck vermittelte, zeitweise ein „Kanzlerwahlverein“ für Willy Brandt und Helmut Schmidt zu sein, ähnlich wie es



Zwei Langzeitvorsitzende: Helmut Kohl (l.) leitete 25 Jahre die CDU, Willy Brandt (r.) 23 Jahre die SPD. In der Mitte der langjährige FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick (1968-1991)

die CDU unter den Vorsitzenden Konrad Adenauer und Helmut Kohl war und unter Angela Merkel ist. Ein deutlicher Linksschwenk im Zuge der Verschärfung des Kalten Krieges Anfang der 1980er Jahre kostete die SPD die Macht in Bonn. Zurück an die Schaltstellen schaffte sie es 1998 – durch eine offensiv vertretene Öffnung zur gesellschaftlichen Mitte hin. Ob die Rückbesinnung zu eher traditionell linken Werten der Parteiorganisation zusammen mit einem betont pragmatischen Kanzlerkandidaten einen ähnlichen Erfolg verspricht, kann wohl erst die kommende Bundestagswahl erweisen.

**Liberaler Wendungen** Mit die größten Veränderungen machte in den bislang 64 Jahren der Bundesrepublik Deutschland die FDP mit. Auf den liberaldemokratischen Gründungsvorsitzenden Theodor Heuss folgte ein Schwenk hin zu national-liberalen Überzeugungen. In den späten 1960er Jahren stand die FDP als einzige

Opposition gegen die Große Koalition, scheiterte bei der Bundestagswahl 1969 dennoch fast an der Fünf-Prozent-Hürde und erfand sich in den „Freiburger Thesen“ als linksliberale Kraft neu; einschließlich des Umweltschutzes, der es 1971 erstmals ins Programm einer relevanten deutschen Partei schaffte. Nur wenige Jahre später verschoben sich die Mehrheiten in der FDP erneut hin zum Wirtschaftsliberalismus, so dass die Mehrheit der Fraktion im Jahr 1982 einen Regierungswechsel durch das einzige erfolgreiche konstruktive Misstrauensvotum herbeiführte. Die häufigen Verschiebungen zwischen den Parteiflügeln hatten Folgen: Keine bundesdeutsche Partei erlebte so viele Fraktionsaustritte und Abspaltungen wie die Liberalen. Andererseits war auch keine Partei in der Geschichte der Bundesrepublik so lange an der Regierung beteiligt: nämlich rund 50 der bisher knapp 64 Jahre seit Inkrafttreten des Grundgesetzes. CDU und CSU kommen

im Bund „nur“ auf etwa 44 Regierungsjahre, die SPD auf 27 Jahre, die Grünen auf sieben Jahre.

**Neue Kraft** Nachdem in den 1970er Jahren die Kleinparteien auf Bundesebene durch die rigide Fünf-Prozent-Hürde erledigt schienen, brachte dennoch eine neue Kraft das vermeintlich etablierte Drei-Parteien-System in Unordnung. Die Grünen, entstanden aus vielen umwelt- und friedensbewegten Bürgerinitiativen, brachten einen völlig neuen, ungewohnten Ton in die Politik. Doch auch sie machten einen deutlichen Transformationsprozess durch bis hin zur ersten Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene 1998: Aus der einst alternativen Partei mit teilweise linksradikalen Wurzeln, die sich lange als Anti-Parteien-Partei gerierte, wurde eine Gruppierung mit bürgerlicher Attitüde und vielen Gutverdienern. Sie hat nicht nur einen Vizekanzler und zahlreiche Minister gestellt, sondern nunmehr sogar einen Minister-

präsidenten. Damit konkurrieren die Grünen teils mit einem Spektrum im linksbürgerlichen Bereich, das einst die FDP mit ihren „Freiburger Thesen“ angestrebt und teils auch erreicht hatte.

Allerdings mit Folgen. Mehr als fünf Jahrzehnte lang hatten zunächst die SPD und später eben die Grünen den linken Rand des politischen Spektrums in der Bundesrepublik mit abgedeckt. Schon bei der zweiten Bundestagswahl war die KPD an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und hatte es auch nach ihrer Neugründung 1968 als DKP trotz massiver Finanzhilfe aus der DDR nie auch nur annähernd in die Nähe der nötigen Stimmzahl geschafft, ebenso wenig wie andere linksextreme Splittergruppen. Die rechtsextreme NPD scheiterte 1969 dagegen nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl. Nach der deutschen Einheit 1990 zog dann mit der zur PDS gewandelten SED wieder eine sozialistische Partei in ein demokratisches deutsches Parlament ein, zunächst allerdings aufgrund wahlrechtlicher Sonderfälle wie einer regionalen Ausnahmeregelung der Sperrklausel oder direkt gewonnener Wahlkreise. Erst 2005 etablierte sich mit der nun auch nach Westdeutschland ausgeweiteten Linkspartei eine Kraft links von SPD und Grünen. Das war möglich, weil die Grünen angestammte Wählergruppen wie radikale Pazifisten ihrer Regierungsfähigkeit wegen aufgegeben hatten. Seitdem sind fünf Fraktionen im Bundestag – für Deutschland eine neue Erfahrung, wenn auch in europäischer Perspektive nur eine Normalisierung.

**Weniger Bindungskraft** Im Laufe von mehr als sechs Jahrzehnten bundesdeutscher Geschichte sind traditionelle Milieus verschwunden oder haben sich doch deutlich verändert, was sich auch im Parteiensystem niederschlägt. Vor allem die Volksparteien haben deutlich an Bindungskraft verloren. Sechs Parteien im Bundestag wie seit 2005 sind zwar immer noch weniger als 1953, als trotz Fünf-Prozent-Hürde dank Absprachen auf Wahlkreisebene sieben Parteien ins Parlament einzogen. 1949 hatten wegen der damals regionalen Gültigkeit der Sperrklausel sogar elf Parteien den Sprung geschafft. Jedoch konnten Union und SPD bei der Bundestagswahl 2009 zusammen nur knapp 57 Prozent der Stimmen auf sich vereinen; das war sogar weniger als bei der ersten Bundestagswahl, als die Union 31 Prozent erreicht hatte und die SPD 29,2 Prozent.

Aktuelle Umfragen aber deuten darauf hin, dass sich bei der Abstimmung am 22. September 2013 wieder 65 bis 70 Prozent der Wähler für eine der großen Parteien entscheiden könnten. Einen gemeinsamen Anteil jenseits von 80 Prozent aber dürften Union und SPD in naher Zukunft wohl nicht mehr erreichen. Das erschwert gewisse Regierungsbildungen, bildet aber die Ausdifferenzierung der Gesellschaft ab. Gegenwärtig immerhin weist alles darauf hin, dass auch im kommenden Parlament fünf Fraktionen sitzen werden – der zeitweilige Höhenflug der Piraten scheint beendet.

Sven Felix Kellerhoff

Der Autor ist Leitender Redakteur der „Welt“-Gruppe für Zeit- und Kulturgeschichte.

## DIE PARTEIEN

Kennzeichnend für das politische System in Deutschland ist die Konzentration auf einige wenige Parteien. Derzeit sind in den Fraktionen im Bundestag folgende Parteien vertreten:

### CDU

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) wurde 1945 in Berlin und im Rheinland gegründet. Mit der deutschen Teilung zerfiel sie in eine West- und Ost-CDU. Beide Parteien vereinigten sich 1990 zur gesamtdeutschen CDU Deutschlands. Die Partei versteht sich als interkonfessionelle Volkspartei unter Betonung christlicher Werte. Sie setzt sich für die soziale Marktwirtschaft, ein vereintes Europa und die transatlantische Allianz ein. Die Partei verzeichnete Ende 2012 bundesweit rund 476.000 Mitglieder.

### CSU

Die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) entstand 1946 vorwiegend aus Anhängern der früheren Bayerischen Volkspartei (BVP). Die CSU versteht sich als konservative, liberale und soziale Partei – und kandidiert nur in Bayern. Zwar gilt sie insgesamt als konservativer als die CDU, zeigt aber in wirtschafts-, sozialpolitischen und kulturpolitischen Fragen ein hohes Maß an Übereinstimmung. Die CSU verfügt über 148.000 Mitglieder. Seit 1949 bildet sie mit der CDU im Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft.

### SPD

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ist die älteste im Parlament vertretene Partei und blickt auf eine wechselvolle 150-jährige Geschichte zurück. Sie gilt neben der CDU als zweite große Volkspartei. Ihre Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wichtige Meilensteine waren die 1959 die Neuorientierung der Partei mit dem „Godesberger Programm“, die Neue Ostpolitik sowie der Umbau der Sozialsysteme – die „Agenda 2010“. Die SPD hat derzeit über 477.000 Mitglieder.

### FDP

Die Freie Demokratische Partei (FDP) sieht sich in der Tradition des deutschen Liberalismus. Sie wurde 1948 als Zusammenschluss liberaler Landesparteien gegründet. Zentrale Ziele der Partei sind die Stärkung von Freiheit und Verantwortung des Einzelnen, Rechtsstaatlichkeit sowie eine offene Bürgergesellschaft. Seit den 1980er Jahren verstärkte die Partei ihren wirtschaftsliberalen Kurs. In ihrer Geschichte koalierte sie sowohl mit der SPD als auch mit der CDU/CSU. Der Partei gehören knapp 59.000 Mitglieder an.

### DIE LINKE.

Die Partei Die Linke entstand 2007 durch einen Zusammenschluss von Die Linkspartei, PDS und der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Wahlalternative (WASG). Sie spricht sich für einen demokratischen Sozialismus aus. Die Linkspartei war 2005 aus der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) entstanden, der Nachfolgeorganisation der früheren Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Ende 2012 gehörten der Partei Die Linke insgesamt knapp 64.000 Mitglieder an.

### BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat ihren Ursprung in den umwelt- und friedenspolitisch orientierten Bürgerbewegungen der 1970er Jahre. Nach ihrer Gründung 1980 wurden die Partei erstmals 1983 in den Bundestag gewählt. 1990 vereinigte sie sich mit dem ostdeutschen Bündnis 90. Die Partei tritt für eine Orientierung an Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und lebendige Demokratie ein. Sie verfügt derzeit über knapp 60.000 Mitglieder.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Verbieten oder nicht?

**RECHTSEXTREMISMUS** An der Sinnhaftigkeit des neuen Verfahrens gegen die NPD scheiden sich die Geister. Nicht nur in der öffentlichen Debatte und der Politik, sondern auch in der Wissenschaft ist ein Verbot umstritten.

Die NPD sucht Bürgernähe und Öffentlichkeit. 2012 hielten die Rechtsextremisten anstelle ihres geplatzten Landes-Parteitag in Plauen kurzerhand eine Kundgebung in der Plauer Innenstadt ab.

Es war leicht vorauszu-sehen, dass es nach der Aufdeckung der NSU-Mordserie Ende 2011 zu einer neuen Debatte um ein Verbot der rechtsextremen NPD kommen würde. Inzwischen haben die Bundesländer Tatsachen geschaffen und das Verbotverfahren gemeinsam auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung zögert noch, sich der Klage anzuschließen. Dass ausgerechnet der zuständige Bundesinnenminister, Hans-Peter Friedrich (CSU) deren Erfolgsaussichten skeptisch beurteilt, macht die Zerrissenheit der politischen Akteure in der Frage deutlich. Dasselbe gilt für die Wissenschaft, die seit mehr als einem Jahrzehnt über das Pro und Kontra des Parteiverbots streitet. Wenn es nicht zynisch wäre, könnte man den größten Nutzen des Verfahrens darin sehen, dass die Debatte damit endlich vom Tisch kommt.

**Zweifel am Nutzen** Nicht vom Tisch sind allerdings die zu Recht geäußerten Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Verbots. Sie beziehen sich zum einen auf die rechtlichen Hürden, die ein Scheitern der Klage keineswegs ausgeschlossen erscheinen lassen – sei es vor dem deutschen Verfassungsgericht oder, worin Kritiker inzwischen das größere Risiko sehen, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Zum anderen ist nicht sicher, ob ein Verschwinden der NPD

tatsächlich zu einer Schwächung des Rechtsextremismus führt. Ein Verfahren, das sich über mehrere Jahre erstreckt, böte der NPD nicht nur eine öffentliche Bühne, die sie zur Selbstdarstellung propagandistisch nutzen könnte. Es hätte auch eine Reorganisation des rechtsextremen Lagers zur Folge, dessen Gesinnungs- und Wählerpotenzial dann in andere Kanäle gelenkt würde – seien es Untergrundorganisationen, Parteien, Subkulturen oder schiere Gewaltakte. Schon nach wenigen Jahren käme es wahrscheinlich zu einer Neugründung. Als reine Symbolhandlung bringt ein Parteiverbot folglich nichts. Es könnte sogar schädlich sein, wenn es nur dazu dienen soll, von den tiefer liegenden Ursachen des Rechtsextremismus abzulenken, deren Bekämpfung komplexere Strategien und einen längeren Atem erfordert. Oder wenn es den Eindruck erweckt, man sei den Verfassungsfeinden in der streitbaren Demokratie anders nicht gewachsen.

Die Zweifel werden durch die Erfahrungen der letzten 20 Jahre bestätigt. Das Verbot von nicht weniger als 30 rechtsextremen Vereinigungen durch die Innenbehörden hat zum Erstarken sowohl der NPD als auch der militanten Kameradschaftsszene beigetragen. Die NPD ist auf die Unterstützung der Kameradschaften, in deren Reihen die offen gewaltbereiten Autonomen Nationalisten (AN) eine immer wichtigere Rolle spielen, heute stärker angewiesen als die Kamerad-

schaften umgekehrt auf die Unterstützung der NPD. Immer mehr radikale Neonazis wenden sich von der Partei ab, weil sie diese für zu „weich“ halten. Deshalb wäre es trotz der bestehenden Querverbindungen naiv zu glauben, ein Verbot der NPD könnte zu einer organisatorischen Austrocknung der Kameradschaften führen. Der Streitbaren Demokratie der Bundesrepublik mangelt es nicht an Möglichkeiten, gegen den Extremismus repressiv vorzugehen. Dies geht soweit, dass sich die Instrumente mitunter sogar in die Quere kom-



Demonstration pro NPD-Verbot

men. Das erste NPD-Verbotverfahren musste 2003 eingestellt werden, weil der Verfassungsschutz zur Überwachung der Partei V-Leute in deren Führungsgremien eingeschleust hatte. Gegen diese Praxis erheben sich auch prinzipielle rechtsstaatliche Bedenken, weil sie den Staat zum „Mittäter“ macht. Auf der anderen Seite haben der Verfassungsschutz und die anderen Sicherheitsbehörden die von der Neonaziszene ausgehenden Gefährdungen systematisch unterschätzt. Von den Autonomen Nationalisten nahmen sie kaum Notiz und bei den NSU-Morden ermittelten sie jahrelang in die falsche Richtung.

**Eklatantes Versagen** Das Versagen war so eklatant, dass in der Öffentlichkeit sogar der Verdacht aufkam, die Geheimdienste steckten mit den Rechtsextremisten unter einer Decke. Erst mit dem Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle hat sich der Fahndungsdruck auf die militanten Neonazis sichtbar erhöht. Auch unabhängig von der Gewaltfrage geht von der NPD für den demokratischen Verfassungsstaat keine echte Gefahr aus. Nimmt man ihre Wahlergebnisse zum Maßstab, würde ein Verbot bedeuten, mit „Kanonen auf Spatzen“ zu schießen. Von den 4,3 Prozent, die sie 1969 erreicht hatte, ist die NPD bei den zurückliegenden Bundestagswahlen weit entfernt geblieben. Fest etablieren konnte sie sich nur in Teilen Ostdeutschlands, vor

allem in Sachsen und Vorpommern, wo die Partei in bestimmten Gegenden tief in die Kapillaren der „bürgerlichen“ Gesellschaft eingedrungen ist und stabile Wahlergebnisse von teils über 20 Prozent verbucht.

**In Bildung investieren** Solche Strukturen lassen sich nicht durch Verbote aufbrechen, sondern – wenn überhaupt – nur mit politischen und gesellschaftlichen Mitteln. Politisch muss man die „Argumentation“ der Rechtsextremisten bloßstellen, ohne diesen allzu viel Beachtung zu schenken. Zumindest was die parlamentarische Auseinandersetzung angeht, haben die demokratischen Parteien das in den letzten Jahren meistens gut hingekriegt. Dasselbe gilt für die Medien, die über das Phänomen heute relativ unaufgeregt berichten. Schwieriger ist die Auseinandersetzung auf der gesellschaftlichen Ebene. Sie bedeutet einerseits, nicht wegzuschauen, sondern den rechtsextremen Provokationen bewusst entgegenzutreten. Andererseits müssen die Tendenzen der sozialen Desintegration, die gerade junge Menschen für rechtsextreme Ideologieangebote empfänglich machen, durch eine neue Politik des Zusammenhalts korrigiert werden. Dazu bedarf es entsprechender Investitionen in das Erziehungs- und Bildungswesen. Nichts wäre verheerender, als den intermediären Bereich zwischen den Einzelnen bzw. Familien und dem Staat einfachen Rechtsextremen zu überlassen, wie es

mancherorts im Bereich der Jugendszene bereits traurige Realität ist. Statt allbimäßig Sonderprogramme aufzulegen, die in ihrer bloßen Symbolwirkung dem Verlangen nach härterer Repression nicht nachstehen, muss die Politik hier gründlicher ansetzen und mehr Ressourcen mobilisieren, damit das rechtsextreme Unterstützermilieu für die Gesellschaft nicht dauerhaft verloren bleibt. Letzteres bedeutet auch, dass es bei der gesellschaftlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht um Ausgrenzung geht. Die politische Bekämpfung der „Anbieter“ der rechtsextremen Ideologie und das werbende Zugehen auf ihre gesellschaftlichen „Nachfrager“ sind Seiten derselben Medaille. So wie die Politiker lernen sollte, die Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Rattenfängern offensiv zu führen, so müssen sie zugleich versuchen, sich in die Lebenswelt der Unterprivilegierten hineinzuversetzen, deren Ängste ernstzunehmen und sie für demokratische und zivile Werte empfänglich zu machen. Nur so – und nicht durch Verbieten oder Wegdiskutieren – kann verhindert werden, dass sich das rechtsextreme Virus an der gesellschaftlichen Basis weiter ausbreitet. Frank Decker

Der Autor ist Politologe und Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

## Kleinparteien, Ein-Themen-Parteien, Nichtparteien – das breite Spektrum der Sonstigen

**POLITISCHE KRÄFTE** Neben den Etablierten bestimmen auch viele Kleinere die politische Landschaft Deutschlands mit. Manche sind nur regional verankert

Wenn nach einer Land- oder Bundestagswahl die aktuellen Hochrechnungen über den Bildschirm flimmern, dann findet sich neben den Prozentangaben der sechs etablierten Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke oftmals noch die Rubrik „Sonstige“. Hier sind die vielen kleinen Parteien zusammengefasst, die es nicht über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen. Diese Klein- oder Kleinstparteien, abwertend auch „Splitterparteien“ genannt, sind oftmals „Ein-Themen-Parteien“, die sich nur an eine bestimmte Zielgruppe richten, oder Regionalparteien mit einem regionalen oder sogar nur kommunalen Schwerpunkt. Langfristig können solche kleinen Parteien allerdings durchaus bundespolitisch an Bedeutung gewinnen, wie das Beispiel der Grünen zeigt.

**Ein-Themen-Partei** Die Entwicklung von einer Kleinpartei hin zu einer etablierten Partei wird derzeit in den Medien am ehesten der Piratenpartei zugeraut. Diese wurde im September 2006 in Anlehnung an die schwedische „Piratpartiet“ in Berlin gegründet und sieht sich als Partei der digitalen Informationsgesellschaft. Dementsprechend setzt sie sich hauptsächlich für die Informationsfreiheit im Netz, für mehr Transparenz und gegen staatliche Regulierung ein. Die Partei fordert mehr Basisdemokratie und nutzt parteiintern die Mitbestimmungssoftware „Liquid Democracy“ („Flüssige De-

mokratie“) für die eigene politische Willensbildung. Im September 2011 zog die Piratenpartei zum ersten Mal in ein Parlament auf Länderebene ein: Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin erreichte sie 8,9 Prozent und erhielt Fraktionsstärke. Weitere Erfolge bei anderen Landtagswahlen schlossen sich an: Im Saarland zogen die Piraten 2012 mit 7,4 Prozent in ein zweites deutsches Landesparlament ein, ebenso erfolgreich verliefen die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (7,8 Prozent) und in Schleswig-Holstein (8,2 Prozent). Bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013 scheiterten die Piraten allerdings an der Fünf-Prozent-Hürde. Auf Bundesebenen traten die Piraten erstmals 2009 an und gewannen zwei Prozent der Zweitstimmen. Inzwischen wandelte sich die Partei weg von einer reinen Ein-Themen-Partei und legte sich auf einem Bundesparteitag ein politisches Programm zu. Sie selbst charakterisieren die Piraten als „sozial-liberal-progressiv“. Ihre Chancen bei der Bundestagswahl 2013 sind umstritten. Derzeit macht die Partei vor allem durch interne Streitereien Schlagzeilen, die Umfragewerte sinken.

Ein weiteres Beispiel für eine Ein-Themenpartei ist die 2000 vom Hamburger Richter Ronald Schill gegründete „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, die nach ihrem Gründer bald nur noch unter dem Namen „Schill-Partei“ bekannt war. Die Partei setzt

sich schwerpunktmäßig für die Stärkung der inneren Sicherheit ein und forderte eine konsequente Bekämpfung des Terrors sowie eine restriktive Asyl- und Ausländerpolitik. Deshalb wurde sie von Wissenschaft und Medien als rechtspopulistische Partei im Parteienspektrum eingeordnet. Bei den Bürgerschaftswahlen 2001 errang die Schill-Partei aus dem Stand 19,4 Prozent der Stimmen. Zusammen mit der CDU und der FDP beteiligte sich die Schill-Partei von 2001 bis 2004 unter Oberbürgermeister Ole von Beust (CDU) an der Regierung im Stadtstaat. Von ihrem Wahlerfolg ermutigt trat die Partei 2002 auch bei der Bundestagswahl an, erreichte jedoch nur 0,8 Prozent der Stimmen. Zu einer irreparablen Krise kam es im August 2003, als Ole von Beust Ronald Schill nach einer persönlichen Auseinandersetzung als Innensenator entließ. Die darauf folgende Regierungskrise führte schließlich zum Rauswurf Schills aus seiner eigenen Partei und Neuwahlen der Bürgerschaft, bei denen die Schill-Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Es folgten zahlreiche weitere Zerwürfnisse und Abspaltungen innerhalb der Partei, bis sie sich im Oktober 2009 schließlich auflöste.

**Regionalpartei** Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) ist ein Beispiel für Kleinparteien mit regionalem Schwerpunkt. Er vertritt als politische Partei die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein



Die Piratenpartei zählt noch zu den Kleinparteien in Deutschland.

und trat zunächst nur im Landesteil Schleswig an. Erst seit einer Wahlrechtsreform im Jahr 2000 ist der Wählerverband per Zweitstimme auch im Landesteil Holstein wählbar. Der SSV ist politisch zwischen CDU und SPD zu verorten und orientiert sich

stark an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der skandinavischen Länder. Als politische Partei einer nationalen Minderheit ist der SSW seit 1955 von der Fünf-Prozent-Hürde befreit, seit 1953 auch bei Bundestagswahlen. War der SSW im

ersten Bundestag 1948 noch mit einem Abgeordneten vertreten, so nimmt er seit 1963 nicht mehr an Bundestagswahlen teil. Bei der Landtagswahl 2012 errang der SSW 4,6 Prozent der Stimmen. Zusammen mit SPD und Grünen bildete der SSW daraufhin die sogenannte „Dänen-Ampel“ und besetzte zum ersten Mal ein Ministeramt. Einen rein kommunalen Bezug haben die Freien Wähler. Sie betrachten sich selbst als „Nichtpartei“ und treten als parteiunabhängige Vereinigung politisch interessierter Individuen auf. Sie sind hauptsächlich auf kommunaler Ebene aktiv und setzen sich dementsprechend stark für die kommunale Selbstverwaltung ein. Obwohl die Teilnahme an überregionalen Wahlen innerhalb der Freien Wähler umstritten ist, wurde 2009 die Bundesvereinigung der Freien Wähler gegründet, um zukünftig an Bundestags- und Europawahlen teilnehmen zu können. Bei der Europawahl 2009 erhielten die Freien Wähler 1,7 Prozent der Stimmen. Ihren stärksten Rückhalt haben die Freien Wähler in Bayern und Baden-Württemberg, hier sind sie teilweise zweit- oder drittstärkste Kraft hinter CDU und SPD. jbb

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**M**anche Parteien nennen sich nur so. Denn das vom lateinischen pars (Teil) stammende Wort bedeutet, dass einer Partei mindestens eine andere gegenüberstehen müsste. Für „Einheitsparteien“ wie in China oder Kuba trifft das nicht zu. Dass sie sich dennoch „Partei“ nennen, hat wie alles in der internationalen Parteienlandschaft mit Geschichte zu tun. Denn auch die heutigen Scheinparteien standen anfangs anderen Parteien gegenüber, haben diese dann aber ausgeschaltet. So stand die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) in ihren Anfängen im frühen 20. Jahrhundert in Konkurrenz unter anderem zur republikanischen Kuomintang (KMT, Nationale Volkspartei), mit der sie zeitweise im Kampf gegen Monarchisten und japanische Besatzer auch verbündet war. Im Bürgerkrieg, der dem Zweiten Weltkrieg folgte, flüchtete die von der KMT gestellte Staatsführung vor den vorrückenden Kommunisten auf die Insel Taiwan. Dort ließ die KMT, nach anfänglicher Diktatur, in den letzten Jahrzehnten eine Mehr-Parteien-Demokratie entstehen. Gleichzeitig leitete sie eine vorsichtige Annäherung an die Volksrepublik China ein. Während die KMT am Ziel der Wiedervereinigung festhält, strebt die eher linksgerichtete DPP (Demokratisch-Progressive Partei) die auch formelle Unabhängigkeit Taiwans an. Aber ein einfaches Links-Rechts-Schema hilft selten weiter, um Parteien in anderen Ländern richtig einzuordnen. Man muss schon sehr genau hinschauen. Vor allem Parteinaamen können ziemlich in die Irre führen. Bei dem Namen „Nationalistische Partei“ denkt man an eine Gruppierung am rechten Rand. Aber die Nationalistische Partei (PN) in Malta ist in ihrer Programmatik mit der CDU vergleichbar. Den Namen trägt sie, weil sie zu Kolonialzeiten für ein unabhängiges Malta eintrat, während die Labour Party (PL) für den Anschluss an Großbritannien war. Später waren es die Nationalisten, die gegen den erbitterten Widerstand von Labour den Beitritt Malts zu EU und zum Euro durchsetzten. Angesichts der Eurokrise verlor die PN nun im März haushoch die Wahl gegen die euroskeptische PL.

**Einfluss der Wahlsysteme** Neben der Geschichte hat vor allem das Wahlsystem großen Einfluss auf die Parteienlandschaft eines Staates. Beim theoretisch demokratischsten, dem reinen Verhältniswahlrecht, kommt es leicht zu einer Zersplitterung, die Regierungsbildungen sehr schwer macht. In Belgien, wo zur politischen die ethnische Differenzierung kommt, war das besonders anschaulich zu beobachten. 14 Monate lang konnte nach den letzten Wahlen keine neue Regierung gebildet werden. Zudem kann ein solches Wahlrecht ständige Veränderungen in der Parteienlandschaft zur Folge haben, wie sie Italien seit dem Zerbrechen der lange Zeit dominanten Democrazia Cristiana erlebt.

Dagegen tendieren Staaten mit reinem Mehrheitswahlrecht zu einem Zwei-Parteien-System, in dem in der Regel eine Partei alleine die Regierung stellen kann. Ein solches System hat das Mutterland des Parlamentarismus, Großbritannien. Obwohl es dort eine Vielzahl von Parteien gibt, haben in den letzten hundert Jahren fast immer entweder die Conservative Party oder die Labour Party alleine die Regierung gestellt. Die Tories gibt es schon seit dem 17. Jahrhundert, seit 1832 nennen sie sich Conservative. Es war der Konservative Winston Churchill, der in seiner Zürcher Rede 1946 die Vision der Vereinigten Staaten von Europa entwarf. Heute dagegen sind die britischen Konservativen ausgesprochen europaskeptisch. Aus heutiger Sicht überraschend ist auch, dass die Konservativen En-

# Links-Rechts-Schema hilft nicht weiter

**PARTEIENSYSTEME I** Die Einordnung von Gruppen anderer Länder ist oft schwierig



Eine Partei, eine Meinung: Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vergangenen November in Peking

des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine bedeutende Sozialgesetzgebung durchgesetzt haben. Damals standen die Tories, wie schon seit Ende des 17. Jahrhunderts, in Konkurrenz zu den Whigs, welche vornehmlich vom Landadel und Großbürgertum getragen

wurden und sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts Liberal Party nannten. Die Whigs wurden in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts von der aufkommenden Labour Party auf Platz drei verdrängt. 1988 schlossen sie sich, politisch in der Mitte zwischen Konservativen und Labour angekommen,

mit der kleineren Social Democratic Party zu den Social and Liberal Democrats zusammen. Inzwischen nennen sie sich nur noch Liberal Democrats. Die fernen Nachkommen der Whigs konnten bei den Parlamentswahlen 2010 immerhin 57 von 650 Sitzen im Unterhaus er-

obern – Direktmandate wohlgerneht. Daneben konnten Regionalparteien in Schottland, Wales und Nordirland sowie einige weitere kleine Parteien und sogar drei unabhängige Kandidaten Wahlkreise erobern. Eine solche Vielfalt kennen die Vereinigten Staaten nicht, obwohl ihr Wahlsystem äh-

lich ist. Zwar gibt es neben Demokraten und Republikanern auch dort eine Vielzahl kleiner Parteien, aber Mandate erobern diese auf nationaler Ebene schon lange nicht mehr. Im politischen System ist das nicht unbedingt angelegt. Im Gegenteil, Abgeordnete und Senatoren werden als Vertreter ihrer jeweiligen Staaten in den nationalen Kongress entsandt, was regionale Vielfalt begünstigen sollte. Tatsächlich bildeten sich auch erst Jahrzehnte nach der Gründung der USA allmählich nationale Parteien heraus. Zunächst spielten Demokraten und Nationalrepublikaner (auch Whigs genannt) die größte Rolle. Doch 1854 schlossen sich Gegner der Sklaverei aus verschiedenen Lagern zur Republikanischen Partei zusammen, die schon sechs Jahre später mit Abraham Lincoln die Präsidentschaftswahl gewann. Danach verschwanden die Whigs allmählich in der Bedeutungslosigkeit. Die Demokraten als Partei der Sklaverei und dann der Rassentrennung – das überrascht aus heutiger Sicht. Auch waren die Republikaner, die heute gegen „Big Government“ wettern, in ihren Anfängen Vertreter einer stärkeren Zentralgewalt, während die Demokraten den Einzelstaaten möglichst viel Unabhängigkeit bewahren wollten. Parteien können ihre Positionen verändern, während der Name bleibt. So kommt es dann beispielsweise, dass es in Lateinamerika christdemokratische Parteien gibt, die weit rechts und solche, die weit links stehen.

**Arabische Welt** Besonders spannend ist derzeit die Entwicklung der Parteienlandschaft in arabischen Welt. Nach der Entkolonialisierung dominierten dort Parteien, die sich an den europäischen Ideologien des Nationalismus und des Sozialismus orientierten, und zwar in der Regel an beiden, wobei der Nationalismus ein panarabischer war. Eine solche Gruppierung war die Baath-Partei, aus der sowohl Saddam Hussein im Irak als auch Vater und Sohn Assad in Syrien hervorgingen. In der Regel nahm die Herrschaft solcher Parteien sehr schnell diktatorische Züge an. Im Unterschied zu absolutistischen Monarchien wie in Saudi-Arabien konnten unter ihnen Christen und andere religiöse Minderheiten relativ unbehelligt leben. Auch Frauen hatten eine relativ freie Stellung. Diese panarabisch-sozialistischen Parteien verstanden sich stets auch als islamisch, bekämpften aber erbittert den politischen Islamismus. Sobald es jedoch irgendwo in der arabischen Welt eine demokratische Öffnung gab, gehörten die Islamisten zu den ersten, die wieder da waren. So war bei den ersten freien Wahlen in Algerien 1991/92 die Islamische Heilsfront (FIS) drauf und dran zu gewinnen, worauf das Militär die Wahlen abbrach. Die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangene Hamas errang bei den ersten freien Wahlen in den besetzten Palästinensergebieten 2006 die Mehrheit. Allerdings konnte die sozialistisch-säkulare Fatah, die sich im Westjordanland als stärkste Kraft behauptete, die Hamas von dort verdrängen, so dass diese nur im Gazastreifen eine Herrschaft aufbauen konnte. Die von der Fatah weiter kontrollierte Palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah blieb international anerkannter Ansprechpartner. In Ägypten regiert seit den Wahlen 2011/12 der Islamist Mohammed Mursi, gestützt auf die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangene Freiheits- und Gerechtigkeitspartei und die salafitische Partei des Lichts. Die säkulare Opposition gegen Mursi hat ein Problem, das diese Kräfte auch in anderen vom „arabischen Frühling“ erfassten Ländern kennen: Die alten Ideologien haben ausgedient, und nun gibt es außer dem Wunsch nach Freiheit und einem besseren Leben wenig programmatische Substanz, auf die sich eine schlagkräftige politische Organisation gründen lässt. Peter Stütze

## Die Europa-Parteien werden immer wichtiger

**PARTEIENSYSTEME II** Stärkste Kraft im Straßburger Parlament nominiert ab 2014 den Präsidenten der EU-Kommission

Noch sind die europäischen Parteien exotische, kaum bekannte Pflänzchen. Doch das dürfte sich ändern. Denn bei der Europawahl 2014 greift erstmals die Bestimmung des Lissabon-Vertrages, dass die europäische Partei mit dem besten Ergebnis den Präsidenten der EU-Kommission nominiert. 13 von der Europäischen Union anerkannte und finanziell geförderte Europaparteien gibt es bisher, sieben davon haben deutsche Parteien als Mitglieder.

**Zusammenschluss von Parteien** Die mit Abstand größte Europapartei ist die „Europäische Volkspartei“ (EVP). Ihr gehören 74 Mitgliedsparteien aus 40 Ländern an, darunter CDU und CSU. Manche von ihnen konkurrieren auf nationaler Ebene, so wie unlängst Silvio Berlusconi „Volk der Freiheit“ mit der kleinen Zentrumsumion, die Mario Monti unterstützte, und der Südtiroler Volkspartei, die für Pier Luigi Bersani eintrat.

32 sozialdemokratische und sozialistische Mitgliedsparteien aus den 27 EU-Staaten sowie Kroatien hat die „Sozialdemokratische Partei Europas“ (SPE), darunter die SPD. Elf Parteien aus neun Nicht-EU-Ländern sind assoziiert. Die FDP ist Mitglied der „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE). Zum breiten Spektrum ihrer 54 Mitglieds-

parteien aus 36 Staaten gehört etwa in den Niederlanden die rechtsliberale VVD wie auch die linksliberale D66. Die zentristische „Europäische Demokratische Partei“ (EDP) mit zehn Mitgliedsparteien aus neun Ländern hat sich im Europaparlament der ALDE-Fraktion angeschlossen. Die „Europäische Grüne Partei“ (EGP) mit ihrem Ko-Vorsitzenden Reinhard Bütikofer hat 44 Mitgliedsparteien aus 39 Ländern. Eine Fraktionsgemeinschaft mit der EGP bilden die sieben Europaabgeordneten der „Freien Europäischen Allianz“ (EFA), die nach eigenen Angaben „progressive, nationalisierende, regionalistische und autonomistische Parteien“ in der EU vereint. Zu ihren 38 Mitgliedsparteien aus 16 Staaten gehören der Südschleswigsche Wählerverband, „Die Friesen“ und die Bayernpartei. Im Europaparlament etwa gleich stark wie die Grünen ist die „Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten“ (AECR). Die wichtigsten ihrer elf Mitglieder aus zehn Ländern sind die britische Conservative Party, die polnische PiS von Ex-Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski sowie die ODS des tschechischen Ministerpräsidenten Petr Necas.

**Euroskeptiker** Linkssozialisten, Kommunisten und rot-grüne Parteien bilden die „Partei der Europäischen Linken“ (EL). Zu



Unterschiedliche Meinungen im Europaparlament

den 26 Mitgliedern aus 20 Ländern zählt „Die Linke“ aus Deutschland, während die DKP nur Beobachterstatus hat. Fraktionsstärke im Europaparlament hat schließlich noch die euroskeptische „Bewegung für ein Europa der Freiheit und Demokratie“ (MELD), zu der die britische U.K. Independence Party und die italienische Lega Nord gehören. Daneben gibt es auf dem rechten Flügel noch die „Europäische Alli-

anz für Freiheit“ (EAF), geführt vom FPÖ-Politiker Franz Obermayr und seiner Stellvertreterin Marine Le Pen, sowie die „EU Democrats“ (EUD), die Europa dezentralisieren wollen. Weit rechts steht die „Europäische Bewegung“ (AEMN), die vor allem von der ungarischen Jobbik getragen wird. Eine eigene Kategorie bildet schließlich die „Europäische Christliche Politische Bewegung“ (ECPM) mit 16 Mitgliedsparteien aus sieben Ländern. Mancherorts, etwa in den Niederlanden, sind diese nicht ganz unbedeutend. In Deutschland lässt sich das von der Partei Bibeltreuer Christen (PBC) und der Partei Arbeit, Umwelt, Familie (AUF) nicht behaupten. pst

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

### DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



AUFGEKEHRT

Himmlisches Rezept

Kennen Sie den? Im Himmel ist der Koch ein Franzose, der Finanzfachmann ein Schweizer, der Polizist ein Engländer, der Liebhaber ein Italiener und der Chef der Verwaltung ein Deutscher. In der Hölle hingegen ist der Finanzfachmann ein Italiener, der Koch ein Engländer – und so weiter. Wenn die Bundestagswahl im Herbst so ausgeht, wie viele vermuten, dann wird die Koalitionsbildung richtig schwierig. Dann gibt es wahrscheinlich nur die Alternative zwischen Teufel und Beelzebub. Warum nicht also die Regierungsbildung einmal ganz anders gestalten? Alle Bundestagsparteien werden an der Regierung beteiligt und alle bekommen Ministerämter. Bei der Verteilung dieser Ämter könnte man sich dann an dem oben beschriebenen Muster orientieren. Die Höllenvariante dient bloß der Abschreckung, daher schenken wir sie uns. Malen wir uns also die Himmelsvariante aus: Der Spitzenkandidat der SPD könnte das Außenministerium übernehmen, um uns in seiner gewohnt diplomatischen Art Freunde in aller Welt zu verschaffen. Das Familienministerium könnte mit einer Doppelspitze aus zwei Damen der CDU und der CSU besetzt werden, um die ganze Breite der familienpolitischen Positionen der Union abzudecken, etwa in Fragen des Betreuungsgeldes. Die Linke übernimmt das Finanzministerium, weil sie keine Scheu hat, eine offensive Steuerpolitik zu betreiben. Die FDP behält das Entwicklungshilfeministerium, weil dann bald auch in der Wüste die Marktwirtschaft blüht. Und die Grünen übernehmen das Verkehrsministerium, damit endlich mal jemand mit der Entschleunigung des Lebens in Deutschland ernst macht. Oder dann doch lieber die Hölle? Thomas v. Winter

VOR 15 JAHREN ...

Ende der Terrorgruppe

20. April 1998: Die RAF löst sich auf. Das Schreiben bestand aus acht Seiten und erreichte das Kölner Büro der Nachrichtenagentur Reuters am 20. April 1998. Auf der letzten Seite prangte der seltsam vertraut wirkende fünfzackige Stern mit Maschinenpistole und den drei Buchstaben RAF – das Logo der Roten Armee Fraktion. Schon auf der ersten Seite steht der entscheidende Satz: „Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte.“ Die Terrorvereinigung hatte sich 28 Jahre nach ihrer Gründung selbst aufgelöst. Zwar hielt die RAF das Land vor allem in den 1970er Jahren in Atem, ihr Terror erreichte während des sogenannten „Deutschen Herbst“ 1977 ihren schrecklichen



Das Auflösungs Schreiben der Roten Armee Fraktion (RAF)

Höhepunkt. Doch Anschläge verübte sie bis in die 1990er Jahre hinein, den letzten im März 1993, als sie das neu erbaute Gefängnis Weiterstadt in der Nähe von Darmstadt zerstörten. Erst seit 1995 gilt die RAF nach Einschätzung der Generalbundesanwaltschaft als „nicht mehr aktionsfähig“. Das achtseitige Auflösungs schreiben endete unterdessen mit der Auflistung der 26 RAF-Terroristen, die ums Leben kamen. Die 34 Menschen, die die RAF in den knapp 28 Jahren ihres Bestehens tötete, blieben dagegen unerwähnt. Eine Entschuldigung für die Taten? Fehlansatz. Im Gegenteil: „Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit“, schreiben die Verfasser. „Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein. Das Ende dieses Projekts zeigt, dass wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten.“ Dies spreche jedoch „nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte.“ Benjamin Stahl



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: DIE POLITISCHEN STIFTUNGEN DEUTSCHLANDS



Die Stiftungsstätten (von links oben nach rechts unten): Heinrich-Böll-, Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Hanns-Seidel-, Rosa-Luxemburg- und Friedrich-Naumann-Stiftung

Im Dienst der Gesellschaft

Die Aufregung in den vergangenen Wochen war groß. Als die russische Staatsanwaltschaft vor den Türen der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in St. Petersburg und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Moskau stand, waren die Mitarbeiter alarmiert. Die Vertreter der Justiz wollten unter anderem wissen, wie die Stiftungen finanziert werden. „Wir protestieren aufs Schärfste dagegen“, sagte Hans-Gert Pöttering, der KAS-Vorsitzende. Er befürchte nicht nur, dass die Stiftung in ihrer Arbeit eingeschränkt werde, sondern dass vor allem russische Nichtregierungsorganisationen bedrängt würden. Auch der Russland-Koordinator der Bundesregierung, Andreas Schockenhoff (CDU), verurteilte die Durchsuchungen. Damit schade sich Russland nur selbst. Die KAS hat Erfahrung mit staatlicher Repression. Im Dezember 2011 durchsuchten Polizisten und Staatsanwälte ihre Büro in Ägypten, angeblich weil die KAS ihre Dependence illegal betriebe. Der Büroleiter und eine Mitarbeiterin wurden angeklagt.

Alle sechs deutschen parteinahen Stiftungen arbeiten auch im Ausland. Natürlich sind sie aber vor allem im Inland aktiv. Sie sind wirtschaftlich unabhängig von den Parteien, arbeiten aber nach deren Grundsätzen. Ihre Veranstaltungen und Veröffentlichungen stehen allen Bürgern offen, alle fördern besonders begabte Studenten. Die Organisationen finanzieren sich überwiegend aus öffentlichen Mitteln, auch der Bundestag gibt Gelder. Die älteste Stiftung, die FES, wurde 1925 gegründet. Sie nennt als Ziel unter anderem, das politische Engagement der Bürger anzuregen. 1958 kam die der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung hinzu, die seit 2007 den Namenszusatz „für die Freiheit“ trägt. Sie hat sich bis 2015 drei Themenschwerpunkte gesetzt: „Freiheit und Fortschritt“, „Freiheit und Religion“ und „Freiheit und Partizipation“. Die 1964 gegründete KAS betreibt zum Beispiel ein Stipendienprogramm für angehende Journalisten, außerdem vergibt sie auch den renommierten Deutschen Lokaljourna-

listenpreis. Zu den vielen Aktivitäten im vergangenen Jahr gehörte ein Debattenturnier für Schüler, bei dem die Teilnehmer etwa über das Für und Wider europäischer Streitkräfte diskutierten. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung hat 2012 nach eigenen Angaben weltweit mehr als 2000 Veranstaltungen mit rund 260.000 Teilnehmern durchgeführt. Die in Bayern beheimatete, 1967 gegründete Organisation lud im Jahr 2013 beispielsweise schon zu einer Tagung über „Extremismus in Deutschland“ ein. Seit 1997 beteiligt sich die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung am politischen Diskurs. Ihre Ziele sind unter anderem Umweltschutz, Konflikte mit zivilen Mitteln lösen und soziale Teilhabe für alle Menschen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde 2000 voll als politische Stiftung anerkannt, versteht sich als „ein Ort kritischer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus“ und will eine „Diskussion über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus“ führen. Sie ist der Partei Die Linke nahestehend. Sandra Ketterer

LESERPOST

Zur Ausgabe 13/14 vom 25.3.2013, „Die Schatten einer Diktatur“ auf Seite 1 und „Es wurde Großes geleistet“ auf Seite 2:

Aus dem Bericht der Bundesregierung über die Aufarbeitung der SED-Diktatur entsteht der Eindruck, dass die Aufarbeitung der Diktatur zur allgemeinen Zufriedenheit durchgeführt worden ist. Die Opfer der Diktatur sehen das vermutlich anders.

Ich möchte hier zwei Aspekte herausheben, bei denen die Aufarbeitung eben nicht zufriedenstellend vorangeschritten ist: Der Ausbau der Gedenkstätten kommt nach 20 Jahren immer noch nur langsam voran, in Hohenschönhausen, der ehemaligen zentralen Untersuchungsanstalt der Stasi, dient zum Beispiel nur ein karger Raum in einer ehemaligen Fabrik als „Informationszentrum“. Das finde ich beschämend. Außerdem möchte ich auf das Interview mit Roland Jahn, dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, eingehen. Falls bei der Untersuchungsbehörde der Stasi-Akten wirklich ehemalige Stasi-Angehörige arbeiten, finde ich das ein Unding. Das wäre ja so, als ob man einem Mörder einen Hühnerstall als Unterkunft zuweisen würde. Noch abstruser finde ich die Begründung für diesen Schritt: Für die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter hätten keine entsprechenden Arbeitsstellen bei der Bundesverwaltung zur Verfügung gestanden. Personen, die die Bundesrepublik jahrzehntelang mit allen Mitteln bekämpft haben, brauchen meiner Meinung nach wohl wirklich keinen Arbeitsplatz bei der Bundesverwaltung. Wenn sich die Bundesregierung wirklich um Aufklärung bemüht, dann sollte sie endlich die Fehler eingestehen, die beim Einigungsvertrag gemacht wurden. Es kann nicht richtig sein, dass

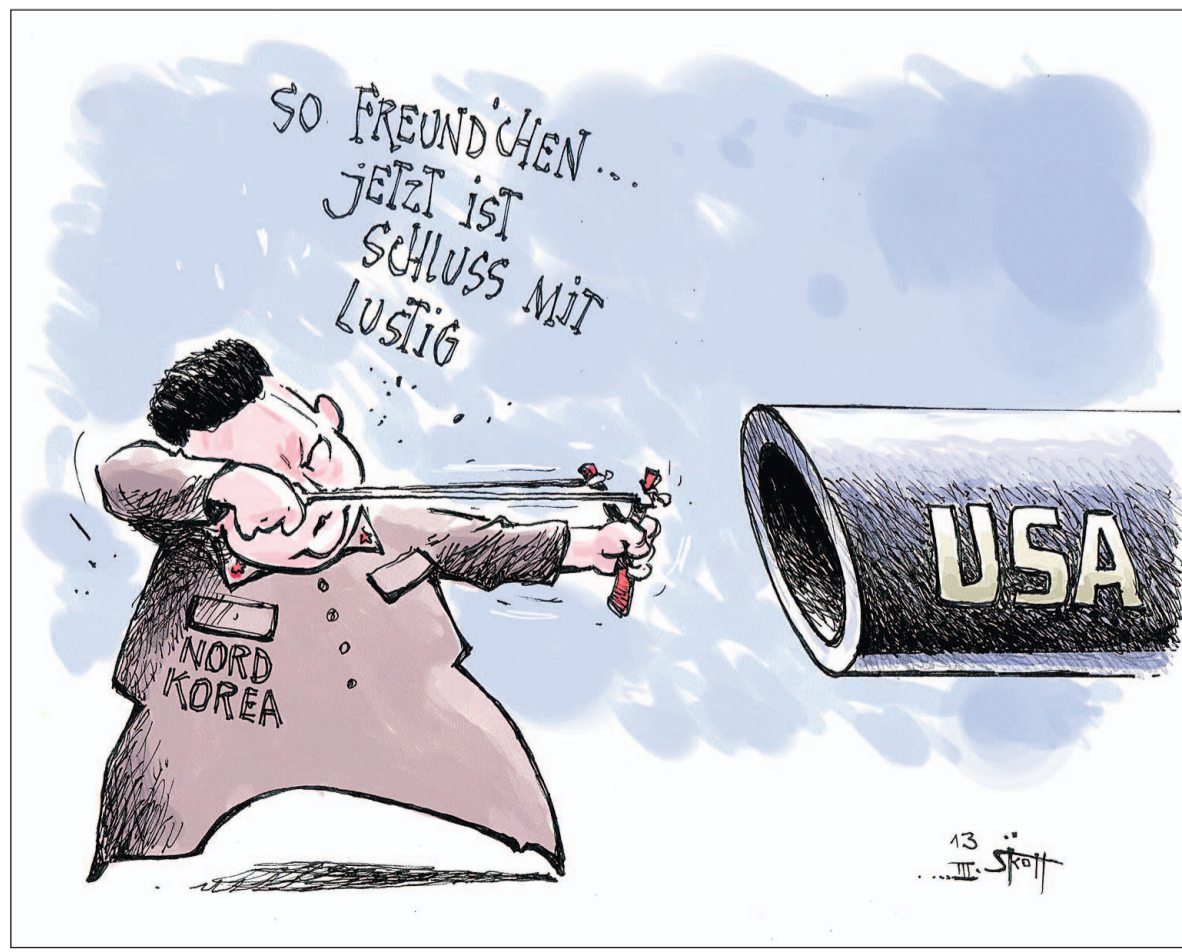
ehemalige „Vernehmer“ der Stasi heute als Rechtsanwälte arbeiten. Sie gehörten meiner Meinung nach juristisch bestraft. Die Lektüre der Bücher von Hubertus Knabe und ein Besuch in Hohenschönhausen könnten der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestags wichtige Impulse für die Beschäftigung mit diesem so wichtigen Thema geben. Hans-Günther Tappe, per E-Mail

Zur Ausgabe 13/14 vom 25.3.2013, „Heikle Klippen umschiff“ auf Seite 13:

Das Grundproblem unseres Wirtschaftssystems und unserer Konsumgesellschaft ist in meinen Augen der Wachstumsgedanke an sich und die damit verbundene Gewinnab-

sicht und Leistungsanerkennung. Jedem sollte klar sein, dass unser Wirtschaftssystem natürliche Grenzen hat, an die es stoßen wird, schließlich sind die Ressourcen der Erde endlich. Diese Grenzen müssen berücksichtigt werden. Wenn dies wirklich geschehen soll, dann kann das nur mit einer Entschleunigung unseres Lebens einhergehen. Eine weitere immerwährende Beschleunigung wie bisher ist dann nicht mehr möglich. Auf nationaler Ebene können mehrere Schritte in diese Richtung unternommen werden. So sollte der Boden- und Landverbrauch, die Verschwendung von Ressourcen und die Verschmutzung der Umwelt vermieden werden. Der individuelle Konsum von Gütern sollte eingeschränkt werden, um so unsere Wegwerfgesellschaft zu beenden. Statt Billigwaren aus dem Ausland zu importieren, sollte die heimische Wirtschaft nur Qualitätsprodukte herstellen, die langfristig halten. Das Raumordnungsgesetz, die Landesentwicklungs- und Landschaftsrahmenpläne müssen konsequent umgesetzt werden. Dies bedarf natürlich einer gründlichen Planung und Steuerung. Zudem sollte die Grundversorgung mit gesunden Nahrungsmitteln und sauberem Wasser gewährleistet werden, anstatt gerade in diesem Bereich den internationalen Wettbewerb anzukurbeln. Die Gewerbesteuer sollte zentral nach Berlin abgeführt und von dort nach dem Prinzip der Einkommenssteuer an die Kommunen verteilt werden. Auf internationaler Ebene müssen ebenfalls Konsequenzen gezogen und Veränderungen angestrebt werden. So sollten alle Börsen und Spekulationsplattformen wie beispielsweise die Welthandelsorganisation (WTO) abgeschafft werden und eine gerechtere internationale Verteilung des Wohlstandes geschaffen werden. Außerdem muss eine Solidargemeinschaft aller Staaten in gegenseitiger Verantwortung initiiert werden. Herbert Kleiner, Argenbühl

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

Unserem besonders aufmerksamen Leser Thorsten Mattick ist in der Ausgabe vom 25.3.2012 auf Seite 10 ein Detailfehler aufgefallen. In der Bildunterschrift des Artikels „Kein kostenloser Grundstrom für alle“ steht, dass der auf dem Bild zu sehenden Familie der Strom abgestellt worden sei und sie nun nur noch Kerzenlicht habe. Bei genauerem Betrachten ist im Hintergrund jedoch ein leuchtendes Steckdosenlicht zu erkennen.

PERSONALIA

>Uwe Jens † Bundestagsabgeordneter 1972-2002, SPD

Am 20. März starb Uwe Jens im Alter von 77 Jahren. Der aus Hamburg gebürtige promovierte Volkswirt trat 1966 der SPD bei und war von 1967 bis 1972 Referent des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion. Jens, Honorarprofessor an der Universität Bochum und Autor zahlreicher wirtschaftspolitischer Darstellungen, war viele Jahre wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Im Bundestag gehörte er von der 7. bis zur 13. Wahlperiode dem Wirtschaftsausschuss an.

>Renate Diemers Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU

Am 8. April wird Renate Diemers 75 Jahre alt. Die hauptberufliche Frauenreferentin der CDU Westfalen-Lippe und Bildungsleiterin, Parteimitglied seit 1966, war vielfältig in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft engagiert. Im Bundestag arbeitete Diemers zuletzt im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit.

>Eckart Kuhlwein Bundestagsabgeordneter 1976-1998, SPD

Eckart Kuhlwein wird am 11. April 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt und Journalist trat 1965 der SPD bei und gehörte von 1973 bis 2003 dem SPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein an. Landtagsabgeordneter in Kiel war er von 1971 bis 1976. Kuhlwein, 1981/82 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft, an dessen Spitze er von 1990 bis 1994 stand.

>Norman Paech Bundestagsabgeordneter 2005-2009, Die Linke

Norman Paech vollendet am 12. April sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Professor für öffentliches Recht schloss sich 1969 der SPD an, trat aber 2001 wegen des Beschlusses zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aus der Partei aus. Seit 2007 ist er Mitglied der Partei Die Linke. Paech, außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, war Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

>Manfred Reimann Bundestagsabgeordneter 1983-1994, SPD

Am 14. April vollendet Manfred Reimann sein 85. Lebensjahr. Der Maschinenschlosser und hauptberufliche Gewerkschaftsfunktionär stieß 1957 zur SPD, stand von 1983 bis 1990 an der Spitze der pfälzischen SPD und war zugleich stellvertretender Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Reimann arbeitete im Bundestag in allen drei Wahlperioden im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

>Fritz-Joachim Gnädinger Bundestagsabgeordneter 1969-1976, 1980-1983, SPD

Am 18. April wird Fritz-Joachim Gnädinger 75 Jahre alt. Der aus Konstanz stammende Staatsanwalt trat 1957 der SPD bei und gehörte von 1971 bis 1975 dem SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Gnädinger arbeitete in allen drei Wahlperioden im Rechtsausschuss mit, als dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1973 bis 1976 amtierte.

>Frank Tiesler Bundestagsabgeordneter 1990, CDU/CSU, Gast

Frank Tiesler vollendet am 20. April sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Ethologe und Museumskurator schloss sich 1990 der Deutschen Sozialen Union (DSU), einer konservativen Kleinpartei in der DDR, an und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von Mai bis Oktober jenes Jahres amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium. 1990 war er Gast der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. bmf

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. April.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 15.-19.04.2013  
Quote für Aufsichtsräte (Do),  
Wirtschaftskriminalität (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream